Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 116. Mittwoch, den 20. Mai 1914. 21. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt"

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Freitag nachmittag.

Akte der Staatshoheit.

Genosse Scheidemann hat am 15. d. Mts. im Reichstag Tatsachen bekanntgegeben, die von der bürgerlichen Presse, soweit wir zur Stunde übersehen können, totgeschwiegen werden. Die Tatsachen sind für die Regierung derart kompromittierend, daß das Verhalten der gutgesinnten Gazetten uns vollkommen verständlich erscheint.

Um was hat es sich gehandelt? Die arbeitende Bevölkerung wird durch sogenannte Volksversicherungen seit Jahrzehnten in wahrhaft schamloser Weise ausgeplündert. Den Verbündeten Regierungen waren diese Zustände selbstverständlich bekannt. Aber sie rührten keinen Finger, um den Arbeiter zu schützen. Da schritten die Arbeiter zur Selbsthilfe. Die Genossenschaften und die Gewerkschaften gründeten die „Volksfürsorge". Das ist eine — selbstverständlich! — vollkommen unpolitische Gesellschaft, die den bei ihr Versicherten die denkbar beste Versicherung bei niedriger Prämienzahlung gewähren will. Die Einrichtungen sind derart getroffen, daß den Versicherten kein Pfennig der geleisteten Beiträge verloren gehen kann.

Kaum waren die Absichten der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter bekanntgeworden, da ging auch schon eine tolle Hetze gegen die „Volksfürsorge" los. Sie wurde als eine „sozialdemokratische" Gründung denunziert und Stein über Stein wurde ihr in den Weg gewälzt. Bei dem Bestreben, das arbeitende Volk um seine eigene, d. h. von Arbeitern selbst, nicht von kapitalistischen Geschäftsmachern geleitete Fürsorge zu bringen, fehlte weder der Allerweltsgraf v. Posadowsky, noch die Herren Behrens und Erzberger von den christlichen Fakultäten der Gescheiteilten und Geschorenen. Zu den Hauptrufern im Kampfe gehörte auch der Ober-Regierungsrat Kapp, seines Zeichens „Generallandschaftsdirektor" und oberste Spitze der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalt.

Die „Akte der Staatshoheit", die dieser vom Landwirtschaftsminister beschützte Beamte sich geleistet hat, um der „Volksfürsorge" Schwierigkeiten zu bereiten, hat der Genosse Scheidemann in seiner Rede am Freitag anschaulich genug geschildert. Da sich unser Genosse begreiflicherweise große Beschränkung auferlegen mußte, wenn er nicht gar zu lange reden wollte, so konnte er aus dem ihm zur Verfügung stehenden Material nur einige Stellen vorlesen. Da uns die Rolle, die auch die Regierung in der ganzen Angelegenheit gespielt hat, überaus lehrreich erscheint, haben wir den Genossen Scheidemann um Abschriften seines Materials gebeten. Er ist unserem Wunsche bereitwillig nachgekommen und hat uns das nachfolgende Tatsachenmaterial zur Verfügung gestellt.

I. Herr Ob.-Reg.-Rat Kapp.

Auszüge aus einem
Bericht des Generallandschaftssekretärs
an das
Plenarkollegium der Ostpreußischen Landschaft
über den
Kampf um die Volksversicherung
in gleichzeitiger Erwiderung der Broschüre Behrens contra Kapp.

An
Seine Exzellenz den Königlichen Staatsminister und Minister des Innern
Herrn v. Dallwitz.
Berlin NW. 7.

Seite 59/60: „. . . . . Die auf eine Reform der Volksversicherung abzielenden Bestrebungen der Gewerkschaften und der öffentlichen Lebensversicherung sind also an sich durchaus gleichartig. Insbesondere sind wir der Ansicht, daß die Volksversicherung, wie sie bislang von den Privat-Lebensversicherungs-Gesellschaften betrieben wird, den vom Standpunkt der Versicherungsnehmer billigerweise zu stellenden Anforderungen keineswegs genügt, daß vielmehr das Verlangen der Arbeiterschaft nach einer zweckmäßig arbeitenden, ihren Interessen gerecht werdenden Volksversicherung einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht und daher durchaus unterstützt werden muß.

Erscheinen hiernach die von den Gewerkschaften ausgehenden Bestrebungen auf Reform der Volksversicherung an sich sachlich durchaus begründet, so müssen doch die Gefahren eines solchen gerade von dieser Seite verfolgten Planes und seine etwaige Verwirklichung als überaus schwer bezeichnet werden."

Seite 61/65: „. . . . Die Gefahren, die dem Staat aus diesem sozialdemokratischen Vorstoß erwachsen konnten, sind nicht abzusehen. Es muß daher sein Gelingen unter allen Umständen verhindert werden. Der Plan der Volksfürsorge in seiner zunächst ins Auge gefaßten Gestalt, bei der den Versicherten ein Rechtsanspruch nicht gewährt werden soll, würde die Sozialdemokratie in die Lage versetzen, die Spargelder der Volksfürsorge in beliebiger Form anzulegen. Die Volksfürsorge würde dann einen unerschöpflichen Reservefonds für die sozialdemokratische Agitation bilden. Das Zustandekommen dieses Planes läßt sich zwar unschwer vereiteln, da er eine bewußte Umgehung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 enthält, dem wirksam entgegengetreten werden kann.

Es kommt aber weiterhin die Errichtung einer Aktien- oder einer Gegenseitigkeitsgesellschaft für die Durchführung des sozialdemokratischen Versicherungsbetriebes in Frage. Nach § 7 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 darf die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb versagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird. Es erscheint zweifelhaft, ob in dieser Bestimmung eine gesetzliche Handhabe zur Hintanhaltung einer als Aktien- oder als Gegenseitigkeitsgesellschaft organisierten sozialdemokratischen Volksversicherung ohne weiteres gefunden werden kann. Unter Umständen würde daher nichts anderes übrig bleiben, als aus den versicherungstechnischen Unterlagen des Unternehmens die Gründe zur Versagung seiner Zulassung herzuleiten oder diese doch wenigstens solange, wie irgend möglich, hinauszuschieben."

Herr Kapp, der von Scheidemann im Reichstage sehr deutlich porträtiert worden ist, hat also dem Minister v. Dallwitz gesagt, wie es gemacht werden müsse, um das Zustandekommen der „Volksfürsorge" „unter allen Umständen" zu verhindern. Daß Herr Kapp nicht vergeblich die Herren Minister zu Hilfe gerufen hat im Kampfe gegen ein segensreich wirkendes Institut, zeigen die folgenden Briefe. Ihr Inhalt erübrigt eine Schilderung aller der Zwischenspiele, die uns zu viel Raum kosten würden.

II. Minister v. Dallwitz an den Reichskanzler.

Berlin, den 15. November 1912.

Abschrift C. B. 1415.
Der Minister des Innern.
I b. 1662.

Euer Exzellenz gestatte ich mir auf das Schreiben vom 9. dss. Mts. — C. B. 1385 — ergebenst zu erwidern, daß der Deutsche Kriegerbund die Bekämpfung der sozialdemokratischen „Volksfürsorge" durch seine Lebensversicherungsanstalt freiwillig im nationalen Interesse aufgenommen hat. Die Anregung dazu ist ihm meinerseits bereits unmittelbar nach der im Reichsamt des Innern am 2. Juli cr. stattgehabten Besprechung der beteiligten Reichs- und Staatsressorts gegeben worden, in der mein Kommissar den Plan, den Deutschen Kriegerbund für diese Angelegenheit zu interessieren unter allseitiger Zustimmung dargelegt hat.

Auch der Präsident Gruner, der damals schon auf die Möglichkeit einer Organisation der privaten Lebensversicherungsgesellschaften zur Bekämpfung der „Volksfürsorge" hinwies, hat ausweislich des Beratungsprotokolls auf ausdrückliche Anfrage meines Kommissars betont, daß er eine Hinausschiebung der Verhandlungen mit dem Deutschen Kriegerbunde durchaus nicht wünsche, er sich vielmehr freuen würde, wenn der Plan, ihn zu einer Gegenorganisation gegen die „Volksfürsorge" zu gewinnen, gelingen sollte.

Nachdem daraufhin der Deutsche Kriegerbund diesseits dazu angeregt worden ist, seine Versicherungsorganisation, die die Volksversicherung einschließt, auf weitere Kreise auszudehnen und die Möglichkeit schaffen, die Angestellten pp. staatlicher Werke, Betriebswerkstätten und Verwaltungen sowie die Angehörigen von auf vaterländischem Boden stehenden Vereinen pp. — im Wege der Vereinbarung mit den staatlichen Verwaltungen und den qu. Vereinen — seinem auf vaterländischem Boden stehenden Versicherungsunternehmen anzuschließen, ist dieser Gedanke von ihm unter persönlichem Eintreten seines Vorsitzenden, des Generalobersten und Generaladjutanten Sr. Majestät von Lindequist, mit großer Wärme aufgenommen, gelegentlich des letzten Kyffhäusertages erörtert und schließlich auf einstimmigen Beschluß der Generalversammlung seiner Lebensversicherungsanstalt durch Aenderung ihrer Satzung unmitelbar zur Durchführung vorbereitet worden.

Unter diesen Umständen würde der Versuch, die Durchführung dieses Planes jetzt zugunsten einer etwaigen Vereinigung der privaten Lebensversicherung zurückzustellen, die nur geschäftliche Interessen verfolgen und in ihrem Betriebe auf die vaterländische Gesinnung der Angeschlossenen keinerlei Rücksicht nehmen kann, in den Kreisen des Deutschen Kriegerbundes, der in rund 20 000 Vereinen etwa 2 Millionen Mitglieder umfaßt, die bedenklichste Verwirrung und Mißstimmung hervorrufen, und, wie ich annehmen darf, auch bei dem Allerhöchsten Protektor des Deutschen Kriegerbundes, dem die Sachlage kaum unbekannt bleiben dürfte, kein Verständnis finden.

Der jetzige, in der Eingabe vom 29. dss. Mts. anscheinend allen Herren Ressortchefs der preußischen und Reichsverwaltungen unterbreitete Plan des Deutschen Kriegerbundes mutet den beteiligten staatlichen Verwaltungen keinerlei Opfer zu, sondern bietet ihnen nur die Möglichkeit, ihre Angestellten, soweit diese sich dazu bereitfinden, der von der königstreuen Organisation des Deutschen Kriegerbundes getragenen Lebensversicherungsanstalt der Kriegervereine zuzuführen, um sie vor den Verlockungen des sozialdemokratischen Unternehmens zu bewahren. Der Plan schließt im übrigen in keiner Weise aus, daß sich die Anstalt des Deutschen Kriegerbundes zur Rückdeckung oder sonstigen gemeinsamen Arbeit demnächst einer größeren Organisation anschließt, mag die Anregung hierzu von seiten der privaten oder der öffentlichen Lebensversicherung kommen.

Das mir unterstellte Ressort ist durch die Eingabe des Deutschen Kriegerbundes unmittelbar insofern wenig berührt, als mir Werkstätten und Betriebsverwaltungen, die hauptsächlich in Frage kommen, nicht unterstehen. Indessen werde ich in Erwägung ziehen, die Provinzialverwaltungen auf die Sache aufmerksam zu machen. Jedenfalls liegt meines Erachtens ein dringendes öffentliches und politisches Interesse vor, dem Vorgehen des Deutschen Kriegerbundes etwa noch entgegenstehende Hindernisse fortzuräumen und seine Durchführung nicht aufzuhalten, sondern zu beschleunigen. Insbesondere würde ich daher dankbar sein, wenn Eure Exzellenz veranlassen wollten, daß der Beschluß des Kaiserlichen Aufsichtsamts über die Genehmigung der Satzungsänderung der Lebensversicherungsanstalt des Deutschen Kriegerbundes unverzüglich erfolgt.

Abschrift dieses Schreibens habe ich sämtlichen Herren Mitgliedern des Preußischen Staatsministeriums zur Kenntnis mitgeteilt.

gez. v. Dallwitz.

An den Herrn Reichskanzler (Reichsamt des Innern).

III. Minister Delbrück an sämtliche Staatsminister.

Abschrift.
Der Reichskanzler
(Reichsamt des Innern).
C. B. 1415.

Berlin, 18. November 1912.

Auf das Schreiben vom 15. d. M.
I. b 1662.

Bei meinem Schreiben vom 9. d. M. — C. B. 1385 — war ich mir klar darüber, daß der bei den kommissarischen Beratungen am 2. Juli d. J. erörterte Plan, die Versicherungseinrichtungen des Deutschen Kriegerbundes in den Dienst der Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksfürsorge zu stellen, einer gleich eingehenden Prüfung bedürfen werde, wie alle anderen in derselben Richtung sich bewegenden Pläne.

Wenn ich gebeten habe, die Entschließung auf die Eingabe des Kriegerbundes vom 29. Oktober d. J., welche darum ersucht, daß die einzelnen Ressorts einen Vertrag wegen Versicherung ihrer Beamten und Arbeiter mit der Lebensversicherungsanstalt und Sterbekasse des Deutschen Kriegerbundes ins Auge fassen möchten, auf kurze Zeit zurückzustellen, so glaube ich damit den auch von mir voll gewürdigten vaterländischen Bestrebungen des Kriegerbundes nicht zu nahe getreten zu sein. Meines Erachtens kann aber ein grundsätzlich so wichtiger Beschluß von seiten der Ressorts des Reichs und Preußens nicht ohne vorherige Verständigung untereinander gefaßt werden und es erscheint auch nicht angängig, ihn zu fassen, bevor Klarheit darüber besteht, wie sich die Behörden den unmittelbar bevorstehenden Anträgen ähnlichen Inhalts von seiten anderer Organisationen privaten und öffentlichen Rechts gegenüber zu verhalten gedenken. Nicht nur der Deutsche Kriegerbund, sondern auch andere nationalgesinnte Organisationen, wie namentlich die öffentlichen und die privaten Lebensversiche-

rungsanstalten sind zurzeit mit Plänen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie befaßt.

Bezüglich der Pläne der privaten Gesellschaften bitte ich das nähere, namentlich auch hinsichtlich der Gemeinnützigkeit und der geschäftlichen Zwecken abgewendeten Tendenz der beabsichtigten Neugründung aus den abschriftlich beifolgenden Berichten des Präsidenten des Aufsichtsamtes für Privatversicherung vom 13. und 15. d. Mts. entnehmen zu wollen. Die privaten Versicherungsgesellschaften rechnen aber bei Durchführung dieser Pläne wiederum mit dem Beitritt des Deutschen Kriegerbundes zu der beabsichtigten Neugründung.

Ferner ist mir bekannt geworden, daß die Kaiser Wilhelmspende den Versuch machen will, gleichfalls den Betrieb der Volksversicherung aufzunehmen, um damit auch ihrerseits die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Endlich muß damit gerechnet werden, daß in der auf den 25. d. Mts. vom Staatsminister von Möller einberufenen Versammlung der Versuch gemacht werden wird, die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten als diejenigen zu bezeichnen, welche vorzugsweise geeignet sind, der Wirksamkeit der sozialdemokratischen Volksversicherung entgegenzutreten.

Alle jene Organisationen verlangen für ihre Pläne die Unterstützung der Reichs- und Staatsbehörden. Eine Entschließung darüber — und nur diese habe ich gebeten, dem Kriegerbund gegenüber einstweilen auszusetzen — kann meines Erachtens aber nicht getroffen worden, ehe die Gesamtheit der Pläne einigermaßen zu übersehen ist.

Eine Hinausschiebung der Entscheidung auf die vorgelegte Satzungsänderung der Lebensversicherungsanstalt des Kriegerbundes ist natürlich nicht der Zweck meines Schreibens vom 9. d. M. gewesen. Auch nach den neuesten, vom Aufsichtsamt mir zugegangenen Berichten ist diese Entscheidung in aller Kürze zu erwarten.

Ich wiederhole nochmals, daß ich beabsichtige, über alle mit der Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung zusammenhängenden Fragen demnächst, und zwar so bald das Ergebnis der auf den 25. d. M. von Herrn v. Möller einberufenen Versammlung zu übersehen ist, zu komissarischen Beratungen erneut einzuladen.

Abschrift habe ich sämtlichen Herren Staatsministern und den Herren Chefs der beteiligten Reichsämter zugehen lassen.

In Vertretung: gez. Delbrück.

Abschrift.
Der Reichskanzler.
(Reichsamt des Innern.)
C. B. 1450.

Berlin, den 26. November 1912.

Die Pläne der privaten Gesellschaften zu einer Reform unseres Volksversicherungswesens sind durch mein Schreiben vom 18. November 1912 — C. B. 1415 —, wenigstens in großen Zügen, dargestellt. Inzwischen hat auch die vom Staatsminister von Möller zusammenberufene Konferenz, in der eine Reihe von weiteren Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volkversicherung besprochen worden ist, getagt. Ihre Ergebnisse, die zu einem bestimmten Ziele noch nicht geführt haben, sind, wie ich annehmen darf, dort bekannt.

Hiernach beehre ich mich, zu einer Aussprache über die Stellungnahme, welche die Behörden den verschiedenen Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung gegenüber durch Förderung neuer Versicherungseinrichtungen einzunehmen haben werden, auf

**Mittwoch, den 4. Dezember 1912,
vormittags 11 Uhr,**

nach dem Reichsamt des Innern einzuladen.

Einladungen haben sämtliche Herren Staatsminister und die Herren Chefs der beteiligten Reichsämter erhalten.

In Vertretung
gez. Delbrück.

IV. Präsident Gruner an Minister Delbrück.

Abschrift. C. B. 1415.
Der Präsident
des Kaiserlichen Aufsichtsamts
für Privatversicherung.
C. B. S. 30. Berlin, den 15. November 1912.

Betrifft Reform der Volksversicherung.

In Ergänzung meines Berichts vom 14. November 1912 beehre ich mich, auf der Anlage 1 eine Zusammenstellung der Beschlüsse über die Gründung einer gemeinnützigen Volksversicherungsanstalt zu übersenden, welche nach mir mündlich durch Regierungsdirektor von Rasp gewordenen Mitteilungen von den beteiligten privaten Lebensversicherungsgesellschaften am 12. November 1912 gefaßt worden sind. Auf Anlage 2 sind die Gesellschaften verzeichnet, welche für eine Beteiligung zunächst in Betracht kommen.

gez.: Gruner.

An den Herrn Staatssekretär des Innern, Exzellenz.

Anlage 1.

Zusammenstellung

der am 12. November 1912 von 26 privaten Lebensversicherungsgesellschaften gefaßten Beschlüsse betreffend die Gründung einer gemeinnützigen Volksversicherungsanstalt.

1. Von den beteiligten Gesellschaften wird eine Aktiengesellschaft zum Zwecke des Betriebes der Volksversicherung gegründet. Das Aktienkapital von 2 Millionen Mark sowie eine außerdem zu Organisationszwecken à fonds perdu einzuzahlende Summe von 1 Million Mark wird ausschließlich von den beteiligten Gesellschaften aufgebracht.

2. Der Betrieb soll ein gemeinnütziger sein, d. h. die Gesellschaften verzichten auf jeden Gewinn aus dem Betrieb und behalten sich lediglich eine Dividende von 4 Proz. des mit 25 Proz. = 500 000 Mk. bar einzuzahlenden Teiles des Grundkapitals vor.

3. Für die Akquisition und das Inkasso sollen die Organisationen der einzelnen beteiligten Gesellschaften auf dem Gebiete der Volksversicherung der neuen Anstalt zur Verfügung stehen. Außerdem hofft man für die gedachten Zwecke vor allem auch auf eine Mitwirkung von Vereinen und Verbänden aller Art, namentlich von Arbeiterorganisationen (auf vaterländischem Boden stehenden Gewerkschaften, Gewerkvereinen und dergleichen) sowie von Arbeitgebern. Endlich wird die Anstalt, soweit erforderlich, von ihr bezahlte eigene Organe für den Außendienst anstellen.

4. Eine Kommission von 5 Personen ist gewählt und beauftragt worden, sofort Gesellschaftsvertrag, Versicherungsbedingungen usw. auszuarbeiten und sich dabei in tunlichster enger Fühlung mit dem Aufsichtsrate zu halten.

(Es folgt dann das Verzeichnis von 26 Gesellschaften.)

Es ging wirklich alles wie am Schnürchen! Herr Kapp zog hinter den Kulissen die Drähte und die Minister und ihre Helfershelfer setzten sich sofort in Bewegung. Die Christlichen aller Bekenntnisse und Couleuren wurden mobil gemacht, die Kölner und die Berliner, die Evangelischen und die Katholischen, die Gelben und Schwarzen und alle in den „unpolitischen" Kriegervereinen organisierten Landwehren und Landsturm — alle wurden mobil gemacht, um die „Volksfürsorge", diesen jüngsten Sproß der Genossenschaften und Gewerkschaften, möglichst schon bei der Geburt zu erdrosseln.

Die Herren v. Dallwitz und Delbrück haben gesucht nach Erdrosselungsparagraphen, wie es Herr Kapp von ihnen verlangt hat. Aber über ihren Bemühungen strahlte nicht das biblische Wort: „Suchet, so werdet ihr finden." Es gibt keine einwandfreiere Gesellschaft als die „Volksfürsorge" — sie mußte genehmigt werden.

Aber man muß ihr trotz alledem etwas anzuhängen suchen. Und da dem Staatssekretär Delbrück selber nichts einfallen wollte, akzeptierte er die Vorschriften Kapps und sprach in seinen amtlichen Schriften nur noch von der „sozialdemokratischen" „Volksfürsorge".

O, die Staatsperücken werden noch ihr blaues Wunder erleben mit der nichtsozialdemokratischen „Volksfürsorge". Es freut uns zu hören, daß buchstäblich zutrifft, was Genosse Scheidemann im Reichstag behauptet hat: sie wächst, blüht und gedeiht zum Segen der Kleinen in Stadt und Land!

Trotz aller Akte der Staatshoheit!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Abrechnung im Dreiklassenparlament.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde am Dienstag die dritte Lesung des Etats weitergeführt. Bei der Besprechung des Eisenbahnetats brachte Gen. Leinert in längerer Rede eine große Reihe von Mißständen sozialer und technischer Natur im Reiche des Herrn von Breitenbach zur Sprache. Die Antwort des Ministers war überaus schwach und entkräftete keine der von unserem Redner vorgebrachten schweren Anklagen. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam noch einmal der Neubau des Opernhauses zur Sprache. Von konservativer und freikonservativer Seite war beantragt worden, die erste Rate von einer halben Million Mark, die bekanntlich in der zweiten Lesung gestrichen worden war, nunmehr wieder in den Etat einzustellen. Nach einer lebhaften Erörterung, in der der sozialdemokratische Standpunkt vom Genossen Liebknecht nachdrücklich vertreten wurde, nahm das Haus den konservativen Antrag mit 218 gegen 145 Stimmen an. Der liberale Vizepräsident Krause konnte selbst die Gelegenheit dieser Debatte nicht vorübergehen lassen, ohne an der unmöglichsten Stelle dem Gen. Liebknecht einen Ordnungsruf zu erteilen.

Am Schluß der Sitzung wurde der Etat des Ministers des Innern beraten. Das gab unserem Genossen Adolf Hoffmann die erwünschte Gelegenheit, in einer großzügigen Anklagerede noch einmal die unsägliche Wirtschaft, die in der preußischen Verwaltung und Politik heute herrscht, mit flammenden Worten an den Pranger zu stellen. Am Schluß seiner Rede, die von dem liberalen Vizepräsidenten gleichfalls durch einen Ordnungsruf ausgezeichnet wurde, wandte sich Gen. Hoffmann der durch die Erörterungen vom Montag wieder aktuell gewordenen Wahlrechtsfrage zu und kündigte an, daß das preußische Volk den ihm vom Minister hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen und mit erneuter Energie in den Wahlrechtskampf eintreten werde.

Das preußische Herrenhaus

erledigte am Dienstag ohne bemerkenswerte Debatte eine Reihe von kleinen Vorlagen und Petitionen. Am interessantesten ist die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, wodurch auch gegen ablehnende Bescheide der hohen Verwaltungsbehörde auf Einbürgerungsanträge und auf Anträge, die die Aufnahme in den Heimatsverband oder die Entlassung aus dem Staatsverband verlangen, die Klage beim Oberverwaltungsgericht zugelassen wird. Am Mittwoch steht die Eingemeindung von Dortmund und Köln und weitere Petitionen auf der Tagesordnung.

Geschäftsdispositionen des preußischen Abgeordnetenhauses.

Mit Übereinstimmung des Staatsministeriums hat der Seniorenkonvent des preußischen Abgeordnetenhauses am Dienstag beschlossen, daß die dritte Lesung des Etats Mittwoch zu Ende gehen soll, daß dann die erste Lesung der Besoldungsordnung stattfindet und noch das kleine Gesetz über die Rentenbanken erledigt wird. Am Montag oder Dienstag beginnen die Pfingstferien; sie dauern bis zum 9. Juni, dann folgt die erste Lesung des Fideikommißgesetzes, die zweite und dritte Lesung der Besoldungsordnung. Die große Vertagung soll vom 13. Juli bis zum 10. November dauern.

Das amtliche Resultat der Wahl in Stendal-Osterburg.

Nach dem amtlichen Wahlresultat erhielten Hoesch (K.) 12 182, Wachhorst de Wente (NL.) 7010 und Beims (SD.) 6911 Stimmen. Die Stichwahl findet am 25. Mai statt.

Polizeipräsident v. Jagow — in Alanien.

Wie die „Tägliche Rundschau" erfährt, befindet sich der Berliner Polizeipräsident zurzeit in Albanien.

Ob v. Jagow studienhalber in Albanien weilt, oder dort die albanische Polizei organisiert, wird nicht mitgeteilt. Vielleicht ist ihm gar das albanische Polizeiministerportefeuille in Aussicht gestellt worden. Uns kann er — um mit Falkenhayn zu reden — gestohlen werden!

Staatliche Wohnungsfürsorge.

Dem preußischen Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach welchem der Staatsregierung ein weiterer Betrag von 20 Millionen Mark zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, zur Verfügung gestellt werden soll.

Erzbergers Sammelpolitik

erfährt im „Reichsboten" eine glatte Zurückweisung. Das christliche Blatt traut dem schlauen Jesuiten nicht, da das Zentrum schon oft sozialdemokratischen Kandidaten zum Sieg verholfen habe. Auch stehen die letzten Ziele des Zentrums in einem schroffen Widerspruch mit der Staatsauffassung der Konservativen. Ferner lasse sich die Weltgeschichte nicht ins Mittelalter zurückschrauben. — Das ist zwar etwas heuchlerisch, doch trotzdem keine angenehme Abfuhr.

Amerika.

Die mexikanischen Wirren. Es kursieren Gerüchte, wonach Huertas Leibgarde gemeutert haben soll. Huerta habe verschiedene Gegner hinrichten lassen. Nach einer Meldung aus Carranzas Umgebung besetzten die Konstitutionalisten unter General Torres die Stellung an der äußersten Stadtgrenze von San Luis Potosi.

Gärung in Albanien.

Der Selbstherrscher aller Albanen hat sein erstes Abenteuer gehabt; er ist mit heiler Haut davon gekommen, da eben noch rechtzeitig italienische und österreichische Kriegsschiffe vor seiner Hauptstadt Durazzo eintrafen. Wie es scheint, ist der „Königsmacher" Essad Pascha der nun schon wochenlang geübten „Loyalität" überdrüssig geworden und hat einen „kleinen Aufstand" angezettelt, ist aber zum Schein auf der Seite des Fürsten geblieben. Da die Zensur die Depeschen absichtlich verdunkelt, wird man erst nach einiger Zeit Aufschluß über die merkwürdige Affäre erhalten. Heute wurde gemeldet: Starke bewaffnete Banden, teils Fanatiker, teils gegen ihre Beys aufgebrachte Bauern, haben gestern die zwei Stunden von Durazzo entfernte Ortschaft Sick überfallen und den Kaimakan vertrieben. In Durazzo sind Schutzmaßregeln getroffen worden.

Unterm 19. Mai meldet die „Agenzia Stefani": Der italienische Kreuzer „Vettor Pisana" und eine Anzahl italienische Torpedoboote sind in Durazzo eingetroffen. Die Aufständischen haben sich Durazzo genähert. Sie stellen die Forderungen, vom Militärdienst befreit zu werden und verlangen die Einführung der türkischen Sprache anstatt der albanischen in den Schulen.

Eine aufsehenerregende Meldung aus Durazzo besagt: Essad Pascha ist gefangen gesetzt und an Bord des österreichisch-ungarischen Kriegsschiffes „Szigetvar" gebracht worden, wo er vorläufig zur Verfügung des Fürsten verbleibt. Weiteres liegt noch nicht vor.

Nähere Nachrichten lauten: Aus Durazzo wird gemeldet: Fürst Wilhelm war mit Rücksicht auf die heranrückenden Bauern aufgefordert worden, seine Leibgarde zu entwaffnen. Essad Pascha weigerte sich, dies zu tun. Infolgedessen beschloß die albanische Gendarmerie unter dem Kommando eines holländischen Offiziers, Essads Anwesen zu beschießen, sodaß er gezwungen wurde, sich zu ergeben. Das fürstliche Palais in Durazzo wird vom österreichisch-ungarischen und italienischen Detachement bewacht. Essad Pascha, der in ganz Albanien über den größten Anhang verfügt, zählt die Bewohner in der Gegend von Tirana zu seinen ergebensten Freunden. In der letzten Zeit brach dort unter den Bauern eine Gärung aus und sie beschlossen nach Durazzo zu marschieren. Auf dem Wege dorthin besetzten sie die Ortschaft Schijak. In der Umgebung des Fürsten entstand große Besorgnis um die persönliche Sicherheit der fürstlichen Familie, um so mehr als Durazzo von der Gendarmerie, die sich in Südalbanien befindet, fast völlig entblößt ist. Der Fürst stellte an den Kommandanten des österreichisch-ungarischen Stationärs „Szigetvar" und den italienischen Stationär das Ersuchen um Intervention, worauf diese sofort zwei Detachements landeten. Essads gesamte Familie ist auf den „Szigetvar" gebracht worden. Essad Pascha, der Gefangener des Fürsten von Albanien bleibt, hat über das Schicksal seines Kriegsministers zu entscheiden.

Die „Neue Freie Presse" meldet nach dem Triester „Piccolo" aus Durazzo von gestern: Gestern nachmittag um 6 Uhr hatte Essad Pascha eine Audienz beim Fürsten Wilhelm, die sehr stürmisch verlief. Sie endete damit, daß Essad Pascha seine Demission gab. Darauf organisierte Essad Pascha mit seinen 5000 Parteigängern, die außerhalb Durazzos kampierten, und 300 seiner Anhänger, die in seinem Hause in Durazzo untergebracht waren, eine Revolte. Er gab heute früh das Signal zum Kampfe, indem er den ersten Schuß gegen das fürstliche Palais abfeuerte. Die von österreichisch-ungarischer Seite gelandete Batterie erwiderte sofort das Feuer. Das Haus Essad Paschas wurde beschädigt. Es gab mehrere Tote und Verwundete. Inzwischen wurden mehrere Kontingente österreichisch-ungarischer und italienischer Matrosen gelandet, die das Haus Essad Paschas belagerten und die Stadt besetzten. Essad schickte einen Parlamentär und bat um freies Geleit auf ein italienisches Schiff, was ihm jedoch verweigert wurde. Um 9 Uhr früh wurden Essad Pascha und seine Frau auf das österreichisch-ungarische Stationsschiff gebracht.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 20. Mai.

Menschheitsführer. Aus Führern und Geführten besteht die Welt und hat sie seit jeher bestanden. Auch die unkultivierte Menschheit der Vorzeit hatte ihre Führer, Menschen, die ihre Mitwelt leiteten. Vor allem kam es damals natürlich auf die körperlichen Fähigkeiten an, auf Kraft und Gewandtheit. Erst mit der steigenden Entwicklung von Herz und Geist machten diese innern Werte die Führer aus, und je mehr sich die Welt entwickelt, um so mehr wird es auf das Vorhandensein von ausgeprägten geistigen und seelischen Werten ankommen, um den Menschen ein Führer zu sein.

Heute befinden wir uns noch in einem Stadium des Uebergangs. In weiten Kreisen, ganz in den herrschenden Kreisen macht noch die plumpe Macht der Vorzeit die Führer aus. Führer des Volksganzen nennt man heute noch Menschen, die die rohe körperliche Kraft vertreten, den Militarismus, oder die rohe wirtschaftliche Kraft, das Kapital. Herz und Geist haben sich noch nicht die Stellung und Achtung errungen, die ihnen gebührt.

Natürlich gibt es heute auch bereits Menschen mit tieferem Seelenleben und höheren Geistesfähigkeiten, und diese Menschen verdienen wahrhaftig eher Führer zu heißen als jene unkultivierten Schirmherren der rohen, brutalen Gewalt. Aber auch sie, diese Vertreter der Kunst und Wissenschaft, verdienen meist noch nicht mit Recht den stolzen Ruhm, den Menschen ein Führer zu sein. Wer den Menschen ein Führer sein will, der muß seine Arbeit auch den Menschen, das heißt der ganzen großen Menschheit, widmen, der darf nicht diesen oder jenen Kreisen dienen, nicht diesem oder jenem Volke, der darf auch nicht reine Gegenwartsarbeit leisten: nein, als Glied eines großen Ganzen muß er sich fühlen, das hinaufzuführen zu immer höheren Höhen des allgemeinen Glückes sein erhabenstes Ziel ist. Wer in diesem Geiste eine große, einheitliche, festgefügte Anschauung vom Leben hat und in diesem Sinne während und außerhalb des Berufs sein Dasein ausfüllt, der verdient ein Menschheitsführer genannt zu werden.

Menschheitsführer sind darum alle die, mag ihr Rock noch so bescheiden sein, die sich innerlich so untrennbar eins mit dem ganzen fühlen, daß sie leiden, wenn der Bruder leidet, und die ihre ganze Persönlichkeit einsetzen für eine neue gesellschaftliche Ordnung, in der all das unsagbare Elend von heute nicht mehr möglich ist. Was nützt alles künstlerische und wissenschaftliche Schaffen, wenn nicht zugleich eine Umgestaltung zu einem neuen sittlichen Leben erstrebt wird? Kapitalismus und Elend sind untrennbar verbunden, und wer der Menschheit ein wahrer Führer sein will, der muß den Kapitalismus bekämpfen und eintreten für den sozialistischen Staat. Es ist unmöglich, ein wahrer, großer, praktischer Menschheitsführer zu sein, ohne den Sozialismus als das letzte Ziel zu erkämpfen, und wer dieses Ziel in unentwegter Aufklärungsarbeit mitzuerringen sucht, der ist, wenn der Beruf auch noch so schlicht ist, der Menschheit ein Führer ins Zukunftsland.

Gesamtübersicht über die Stadt Lübeck für die Monate Januar, Februar und März. (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.) Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 31. Dezember 1913 114 452 (100 795) Einwohner. Das erste Quartal 1914 schloß mit einem Geburtenüberschuß von 228 (136), aber auch mit einem Wanderungsverlust von 712 (756) Köpfen ab, sodaß die Bevölkerung um 484 (620) Personen herabging und am 31. März 1914 nur noch 113 968 (100 175) betrug. Dieser Rückgang hat aber nichts Auffallendes an sich, in jedem Frühjahr findet eine Abwanderung statt. Die natürliche Bevölkerungsbewegung nahm folgenden Verlauf: Ehen wurden 160 (176) oder 5,8 pro Mille (6,2 pro Mille) geschlossen; ihre Zahl war also absolut wie relativ niedriger als im Vorjahre. Mehr noch blieb die Geburtenziffer gegenüber der von 1913 zurück: die Zahl der Geborenen 613, war nämlich um 60 geringer als im Vorjahr und stellte sich nur auf 21,6 pro Mille (24,1 pro Mille). Von den Geborenen waren 73 (104) oder 11,9 % (15,7 %) unehelich und 23 (25) oder 3,8 % (3,7 %) tot; die Zahl der unehelich Geborenen hat also erheblich abgenommen. Sterbefälle wurden 362 registriert, das sind 95 weniger als im Vorjahr und auf 1000 Einwohner nur 12,8 (16,4), also eine erfreuliche Verminderung. Unter den Gestorbenen waren 55 (91) unter 1 Jahr alt, während 109 (117) das 70. Lebensjahr vollendet hatten. Die Säuglingssterblichkeit war erheblich günstiger als vor einem Jahre; auf 100 Lebendgeborene kamen damals 14,4 Sterbefälle von Kindern unter 1 Jahr, diesmal nur 9,1. In der Hauptsache ist diese Besserung bei den ehelichen Kindern eingetreten, deren Sterblichkeit sich von 14,2 % auf 8,4 % verminderte. Unter den Todesursachen standen wieder, wie regelmäßig, die Krankheiten der Kreislauforgane mit 48 (64) und der Krebs mit 39 (38) oben an, während an Lungenschwindsucht und Lungenentzündung je 27 (41 und 26) zugrunde gingen. Ansteckende Krankheiten führten 14 (20) mal zum Tode. Bei den 18 (13) gewaltsamen Todesfällen lag 8 (3) mal Selbstmord vor. Der Geburtenüberschuß, 228 Köpfe, war um 92 größer als im Vorjahr.

Die Wanderungsbewegung schloß mit einem Verlust von 712 (756) Personen ab: 4668 (4206) Zugezogenen standen 5380 (4962) Fortgezogene gegenüber. Dieser Verlust trat in der Hauptsache, zu 370 Personen, bei den Alleinstehenden und zu 237 bei den Haushaltsangehörigen ein. Eine Zunahme hatten nur die Anstaltsinsassen aufzuweisen. Die Abwanderung erfolgte in der Hauptsache nach unbekannten Orten, nach Ortschaften östlich der Elbe und nach Hamburg, wohin uns 279, 131 und 107 Köpfe verloren gingen. Wir gewannen dagegen u. a. im Austausch mit unserm eigenen Landgebiet, mit den beiden Mecklenburg und vor allem mit Deutschland westlich der Elbe, von wo der Mehrzuzug 109 betrug. Von den Zugezogenen der Monate Dezember bis Februar hatten 36, von den Fortgezogenen dagegen nur 15 ein Einkommen von 3000 ℳ und darüber; nach wie vor zieht es also die Wohlhabenden mehr hierher als anderswohin. Innerhalb der Stadt haben 6249 oder 680 mehr als im Vorjahr ihre Wohnung gewechselt.

Der Fremdenverkehr in Hotels, Gasthöfen und Herbergen stellte sich auf 17 576 Personen, 1913 waren es 1154 weniger. An der Differenz waren die Hotels mit 711, die Gasthöfe mit 395 und die Herbergen mit 48 beteiligt. Die Fremden blieben insgesamt 34 044 Nächte, von denen 14 991 auf die Herbergen, 13 170 auf die Hotels und 5883 auf die Gasthöfe entfielen.

Vom Grundstücksmarkt ist zu melden, daß 202 (157) Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 231 151 (174 734) Quadratmetern gegen 4 259 923 (2 343 034) ℳ umgesetzt wurden, davon 168 (115) mit einem Flächeninhalt von 168 201 (127 661) Quadratmetern für 3 603 846 (1 606 304) ℳ freihändig und die übrigen 34 (42) im Wege der Zwangsversteigerung. Die zwangsversteigerten Grundstücke waren zur Zeit des Zuschlages mit 980 367 (1 185 664) ℳ beschwert, von denen 424 982 (550 427) ℳ von amtswegen gelöscht wurden. Der freihändige Grundbesitzwechsel war im Vergleich zu 1913 sehr lebhaft und die Preise, die bei ihm gezahlt wurden, gingen um mehr als das Doppelte über die vorjährigen hinaus, während die die Zwangsversteigerungen betreffenden Zahlen in jeder Hinsicht niedriger waren. Danach weist der Grundstücksmarkt endlich wieder einmal ein erfreulicheres Bild auf.

Die Hypothekenbewegung verlief wie folgt: die Zahl der Umschriften stellte sich auf 861 (741) zum Betrage von 3 092 595 (3 136 723) ℳ, an neuen Verpfändungen wurden 386 (425) über 2 270 485 (2 064 307) eingetragen und Löschungen 368 (385) über 1 329 725 (2 026 962) ℳ vorgenommen.

Die Bautätigkeit war nach langem Darniederliegen zum ersten Male wieder lebhafter. An neuen Häusern wurden 34 (19) und an neuen Wohnungen 95 (39) fertiggestellt, außerdem waren Ende März 75 (58) Wohngebäude im Bau begriffen. Des weiteren wurden 454 Bauausführungen gegen nur 262 im Vorjahre beantragt, worunter sich 52 (22) Wohnhäuser befanden. Gegenüber 1913 ist das eine deutliche Wandelung zum Besseren.

Von den städtischen Betrieben ist zu berichten, daß die Wasserabgabe mit 1 214 421 Kubikmeter um 45 199 größer als im Vorjahre war, daß der Gasverbrauch 3 292 359 Kubikmeter oder 161 154 mehr als 1913 betrug und daß die Strömabgabe des Elektrizitätswerkes mit 1 326 971 Kw.-Std. um 112 954 über die des Vorjahres hinausging.

Brände fanden 27 (30) statt, darunter 2 (2) Großfeuer. Das Feuer war in 5 (9) Fällen auf Fahrlässigkeit zurückzuführen. Krankenbeförderungen sind 371 (358) mal von der Feuerwehr besorgt.

Die Zahl der mit der Eisenbahn beförderten Personen nahm bei der Lübeck-Büchener um 45 172 zu und bei der Eutin-Lübecker um 2398 ab. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr blieben bei beiden Bahnen hinter denen des Vorjahres zurück; sie haben 16 769 ℳ bezw. 1692 ℳ weniger erbracht. Die Erklärung liegt darin, daß Ostern diesmal später fiel. Auch die Zahl der beförderten Güter war bei der Lübeck-Büchener um 3788 Tonnen geringer als im Vorjahr, dagegen bei der Eutin-Lübecker um 1365 Tonnen höher. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr stellten sich aber bei beiden Bahnen höher: bei der Lübeck-Büchener um 12 129 ℳ und bei der Eutin-Lübecker um 5540 ℳ.

Die Straßenbahn beförderte 2 663 352 Personen, d. s. 207 628 mehr als im Vorjahre, sie brachte infolgedessen 16 912 ℳ mehr ein.

Im Seeschiffahrtsverkehr gingen 542 (518) Schiffe mit 155 296 (158 641) Tonnen Tragfähigkeit ein und 522 (506) mit 150 267 (158 367) Tonnen Tragfähigkeit aus. Die Zahl der Schiffe hat mithin zu-, ihre Tragfähigkeit dagegen abgenommen. Der Verkehr mit deutschen und schwedischen Häfen war lebhafter als 1913, der mit großbritannischen dagegen wesentlich geringer.

Die Zahl der mit Seeschiffen beförderten Passagiere betrug im Eingang 582 (668) und im Ausgang 523.

Der Binnenschiffahrtsverkehr auf der Ober- und Untertrave, der Wakenitz und dem Elbe-Trave-Kanal stellte sich für den Hafenplatz Lübeck und die übrigen Plätze an der Trave im Eingang auf 450 (456) Schiffe mit 76 026 (73 264) Tonnen und im Ausgang auf 481 (571) mit 43 199 (31 624) Tonnen.

b. **Schöffengericht** am 19. Mai. Lübecks Kauflust! Ein Berliner Kaufmann L. veranstaltete hier in der Breiten Straße eine Wohnungsausstellung, die sich durch geschmackvolle, künstlerische Zusammenstellung in Form und Farbe sowohl der Möbel wie der Teppiche, Vorhänge, Vasen usw. ausgezeichnet haben soll. Die Firma vertrat die Inhaberin eines hiesigen Kunstgewerbehauses. Da die Bestellungen mager ausfielen, beschloß L. die Aufgabe der Ausstellung und versuchte, um Transportkosten zu sparen, mit wesentlicher Preisermäßigung die schönen Sachen an den Mann zu bringen. Ohne Kenntnis seiner Vertreterin versandte er 2000 Schreiben an hiesige Einwohner, auf die sich nicht ein einziger Kaufliebhaber einstellte. Dafür soll sich aber der Detaillistenverein resp. die Möbelhändler aufgeregt haben, die in dem Vorgehen so etwas wie unlauteren Wettbewerb sehen wollten. L. reichte bei der Handelskammer das vorgeschriebene Verzeichnis der auszuverkaufenden Gegenstände ein, durfte jedoch den Verkauf nicht weiterführen, da er hier kein angemeldetes Gewerbe betrieben habe. Obwohl der Kaufmann nicht die übliche Schaureklame spielen ließ, soll er doch durch die Zirkulare gegen irgend einen Paragraphen, der mit dem unlauteren Wettbewerb im Zusammenhang steht, vergangen haben. Gegen diesen für einen reellen Kaufmann schweren Vorwurf wehrt sich der Angeklagte und betont, daß sein Verkauf nicht anders aufgefaßt werden dürfe als etwa ein Möbelverkauf eines Privaten vor dem Umzug. Von einem Ausverkauf könne keine Rede sein. Das Gericht beschloß, einen Sachverständigen zu hören und vertagte die Verhandlung. — Fremdes Eigentum wurde unter den Sachen einer Haushälterin St. gefunden, die bei einem Zimmermann tätig war. Da sich das Fräulein weniger um Arbeit und Kinder bemüht haben soll, sondern dem eigenen Vergnügen nachgegangen war, dauerte die Herrlichkeit nicht lange. Als sie eines Tages das Bündel Knall und Fall schnüren mußte, kamen auch Tassen, Handtuch, Serviette, Hemd usw., ja sogar ein falsches Kopfkissen dazwischen, das nicht ihr Eigentum gewesen sein soll. Ihre Einwände des Zufälligen und Selbstgekauften konnten nicht genügend widerlegt werden, und so wurde die wegen Diebstahls Angeklagte mangels ausreichenden Beweises freigesprochen. — „Teure" Liebe. Ein auswärtiger Händler, der morgens um 5 Uhr an der Untertrave noch Anschluß suchte, ließ sich im Tran noch verführen und folgte der Schönen in ihr Kämmerlein, wo er nach Erleichterung eines Zehnmarkstücks ins Schnarchen verfiel. Diese Zeit benutzte das Mädchen, mit einem weiteren Fuchs eine Flasche Wein zu holen, wozu sie keine Erlaubnis erhalten hatte. Ein verdächtig am Boden liegendes Markstück ernüchterte nach dem ersten Nicken den Händler, der alsbald bemerkte, daß ihm eine ganze Menge Geld fehlte. Es fanden sich auch bei der polizeilichen Durchsuchung an verschiedenen Stellen versteckt 222 Mark, die dem Händler gestohlen waren. Das Liebesspiel endet mit drei Monaten Gefängnis für die Leichenfledderin.

Genossenschaftsregister. Am 19. Mai 1914 ist eingetragen bei der Firma Genossenschaftsmeierei Travemünde, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Travemünde: H. W. F. Henk in Rönnau ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Am 5. Mai 1914 ist der Hufner J. Kröger in Brodten in den Vorstand gewählt.

Handelsregister. Am 19. Mai 1914 ist eingetragen die Firma Edlef Ipsen, Lübeck und als deren Inhaber der Kaufmann E. Th. M. Ipsen in Lübeck.

Das nationale Schwein. Unter dem Schweinebestande des Gärtners Hermann Schräger, Mönkhofer Weg 31 b, ist die Schweineseuche amtlich festgestellt worden.

Stadthallen-Sommertheater. Auf die am kommenden Freitag stattfindende Erstaufführung der reizenden Lustspielnovität „Mein alter Herr" soll hier besonders hingewiesen werden. Die von der „Spanischen Fliege" her bekannten, in der letzten Zeit besonders rühmlich genannten Brüder F. und V. Arnold zeichnen als Autoren des neuen Lustspiels. Die Rostocker Zeitung urteilt darüber: „Die Brüder Arnold, beide Leute „vom Bau", haben ein allerliebstes, harmloses Lustspiel geschrieben, das keine schwierigen Probleme löst, statt dessen aber von Witz übersprudelt." — Am Sonnabend wird die Operettenposse „Wenn der Frühling kommt" wieder aufgeführt werden.

Oeffentliche Bücher- und Lesehalle. Am Himmelfahrtstage wird die Bücherausgabe wie an Sonntagen von 11½ bis 1½ Uhr stattfinden. Die Lesehalle wird bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, dem 22. Mai, von 5 bis 6 Uhr nachmittags im Lokale Gasthof „Transvaal" statt.

Hamburg. Ein Opfer seines Berufes ist der Kutscher Wilhelm Baalke geworden. B. fuhr am Montag nachmittag mit seinem Wagen auf Kuhwärder. Auf der Leichterkanalbrücke stürzte B. plötzlich infolge Schwindelanfalles vom Bock auf das Straßenpflaster, wo er mit schweren Kopfverletzungen liegen blieb. Der im Beruf verunglückte Mann wurde ins Hafenkrankenhaus transportiert, wo er am Dienstag vormittag verstorben ist. — 143338 Mitglieder sind nach dem soeben erstatteten Jahresbericht des Gewerkschaftskartells in den freien Gewerkschaften Hamburg-Altonas organisiert. An Unterstützungen wurden ausbezahlt 1 640 354,14 Mk.

Plau. Eine adlige 20000-Mark-Sinekure. Im Lande des Ochsenkopfes wählte die Ritterschaft aus ihrer Mitte den Rittergutsbesitzer von Flotow auf Stuer bei Malchow zum Klosterhauptmann des Klosters Dobbertin. Insassen dieses als Kloster bezeichneten Damenstifts sind unverheiratete Damen aus dem eingeborenen und rezipierten Adel. Arbeit ist mit dem Posten des „Klosterhauptmanns" absolut nicht verbunden, aber trotzdem bringt der schöne Titel das nicht minder schöne Sümmchen von 20 000 Mark jährlich. Also noch 8000 Mark mehr wie die gleichfalls den „hohen" Kreisen reservierten Titel der Domherren von Brandenburg. — Man bedenke: Auf der einen Seite 20 000 Mark jährliche Nebeneinnahme ohne irgendwelche Tätigkeit nur für die Annahme eines pompösen Titels, auf der anderen Seite dagegen für den von früh bis spät schaffenden und die Werte erst erzeugenden Proletarier kaum den zwanzigsten Teil jener Summe als jährliches Einkommen. Göttliches Weltordnung!

Sonderburg. Was der Landrat tut, ist wohlgetan. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Im vergangenen Sommer hat der Landrat von Sonderburg bekanntlich zwei dänischen Dampfern, „Karl Hansen" und „Horsens", verboten, ihre Passagiere zu landen. Die dänische Regierung hatte diese Angelegenheit in Berlin zur Sprache gebracht. Die Sache ist hier eingehend geprüft worden und das Ergebnis der Prüfung ist der dänischen Regierung mitgeteilt worden. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des preußisch-dänischen Handelsvertrages vom 17. Juni 1818 würde sich die Praxis, das Landen dänischer Passagierschiffe allgemein von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen, nicht rechtfertigen lassen. Für diese Frage, ob der Landrat in Sonderburg zum Erlaß von Landungsverboten in den beiden zur Sprache gebrachten Fällen befugt war, sei zu berücksichtigen, daß aus den Bestimmungen des Handelsvertrages ein Recht, für dänische Staatsangehörige, sich in Preußen wie Inländer politisch zu betätigen, ... nicht hergeleitet werden könnte. Sie konnten also auch nicht, wie Inländer, Aufzüge und Versammlungen politischen Charakters veranstalten. Auch das Recht zur Ausweisung lästiger Ausländer oder zu Präventivhandlungen am Betreten des Inlandes sei durch die Bestimmungen des Handelsvertrages nicht berührt. Nach preußischem Recht habe die Polizei das Recht und die Pflicht, alle nötigen Anstalten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu treffen. Das Verhalten des Landrates im Falle des Dampfers „Karl Hansen" müsse als berechtigt angesehen werden. Die dänischen Fahrgäste beabsichtigten eine politische Kundgebung, die sich in der Form eines Aufzuges auf öffentlicher Straße unter Musikbegleitung vollzogen haben würde. Der Aufzug würde außerdem die öffentliche Ruhe gefährdet haben, wie sie an dem betreffenden Tage, dem 25. Todestage des Kaisers Friedrich, herrschen soll. Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wäre insofern mit der Kundgebung verbunden gewesen, als sie dänisch-nationalistischer Art gewesen wäre. Anders habe der Fall des dänischen Dampfers „Horsens" gelegen. Hier habe es sich nur um nicht mehr nachweisbare Vermutungen hinsichtlich der politischen Absicht der Fahrgäste gehandelt, die ein Landungsverbot nicht hätten rechtfertigen können. — Die Dänen werden nach dieser Entscheidung einen immer sonderbareren Begriff von der deutschen Gastfreundschaft bekommen.

Rostock. Großfeuer. Auf dem zwischen Mönchhagen und Rostock gelegenen Pachthof Albertsdorf brach am Montag nachmittag gegen 1 Uhr in einer großen Scheune des Gutpächters Saß ein Feuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit auf die in der Nähe stehenden Strohmieten ausdehnte. Die Wehren hatten große Mühe, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die Scheune ist mit großen Futtervorräten ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein. Es wird Brandstiftung vermutet.

Bremerhaven. Verschollene Fischdampfer. Am Sonnabend und am Montag wurde vor dem Seeamt Bremerhaven über die verschollenen Fischdampfer „Forelle" und „Loy" verhandelt. Von beiden Dampfern und ihrer Besatzung, 24 Mann, hat man nichts wieder gehört. Sie sind auf der Fangreise, die sie Mitte Dezember nach Island führte, geblieben, und man hat auch keine Vermutung, auf welche Ursachen der Untergang zurückzuführen ist.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. Mai.
Auftrieb 5900 Schweine. Markt ziemlich rege geräumt.
Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 53,— bis 53,50 (42,50 bis 43,00), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 53,— bis 53,50 (42,50 bis 43,00), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 54,00 bis 55,— (42,00 bis 43,—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 54,— bis 55,00 (42,00 bis 43,00), geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,— bis 53,— (38,00 bis 40,00), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 47,— bis 48,— (37,50 bis 38,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 43,— bis 46,— (34,— bis 36,—) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Henkel's Bleich-Soda für den Hausputz. 908

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
40) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
172) Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.85
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28**, Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Kleinverkauf
von **Löschkalk, Gips, Zement, Teer, Dachpappe, Farben, Oele.**
Johannes Müller
Hartengrube 21. (3870

Gasthof Genin.
Am Himmelfahrtstag:
Groß. Ringreiten
Anfang 4 Uhr. (3989
Hierzu ladet freundlichst ein
Die lustigen Reiter. **H. Martens.**

Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.
Ordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag, dem 28. Mai
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1914.
2. Revisionsbericht des Verbandsrevisors Herrn **W. Schmittinger**, Hamburg.

Anteilscheine legitimieren.
Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei.
e. G. m. b. H.
3973) **Der Vorstand.**

Achtung!
Lastadiearbeiter!
Versammlung
am Freitag, dem 22. Mai
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
3968) **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.

Glasscheiben aller Art billigst, Kitt, Draht, Diamanten etc.
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handlung,
Hüxterior-Allee 13. Fernspr. 808.

Im Sommer ist auf die Ernährung Ihres Säuglings besondere Sorgfalt zu verwenden. Darmkatarrhe treten in dieser Zeit häufiger auf, weil die Nahrung im Darm der Kinder schneller in Gärung übergeht. Wenn Sie Ihr Kind jedoch mit „Kufeke" und Milch ernähren, so beugen Sie in wirksamster Weise den gefürchteten Darmkrankheiten vor.

Milch u. Milchspeisen
Getränk und Nahrung des Sommers. (4001
Hansa-Meierei G. m. b. H.

Heinr. Beckmann
Rabattmarken. **Reiferstrasse 3.** Rabattmarken.
Herren-Schnürstiefel . . . . . von 8.25 bis 14.75 Mk.
(Dieselben auch mit Lackkappe)
Herren-Zug- und Schnallenstiefel . . . . . von 7.50 Mk. an.
Damen-Schnürstiefel . . . . . von 5.75 bis 13.50 Mk.
Damen-Schnürschuhe schwarze u. braune von 7.75 bis 10.25 Mk.
Kinder-Stiefel mit und ohne Lackkappe
Größe 22—26 von 3.75 Mk. an. | Größe 27—30 von 4.75 Mk. an. | Größe 31—35 von 5.50 Mk. an.
Sämtliche Kindersachen in braun äußerst billig.
Sandalen in allen Größen. (3990

Empfehle meine

erstklassigen Fahrräder
zu billigsten Preisen. Große Auswahl.
Ein großer Posten
Kinderwagen, Klappwagen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen. (3991
Th. Vedder, Fahrradhandlung,
Schwartauer Allee 37. Fernspr. 1884.

Neu-Lauerhof.
Am Himmelfahrtstage: (3985
Gr. Tanzmusik.

Waisen-Hof 45 Am Himmelfahrtstag: **Tanz.**

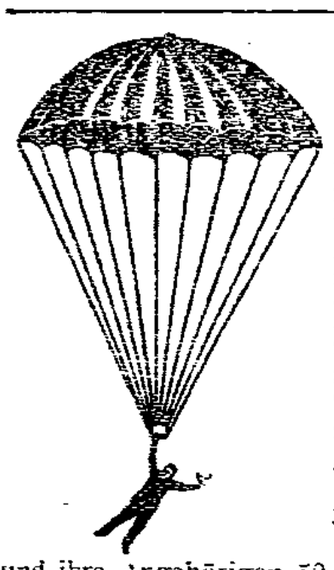
Neu! Konzerthaus „Friedrichshof" Neu!
Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag):
Grosses Tanzkränzchen
im Genre eines **Schützenfestes,** welches in seiner Aufmachung **konkurrenzlos** dasteht, 20 prachtvoll dekorierte Lauben, Veranden usw.
Eintritt frei! (3885
Zu regem Besuch ladet freundlichst ein **Gustav Müller.**

Konzerthaus Fünfhausen. 4000
Heute Mittwoch: Großes Tanzkränzchen.
Morgen Himmelfahrtstag: Groß. Tanzkränzchen.

Treff-Konzerthaus „Flora".
Am Himmelfahrtstag: **Großes Tanzkränzchen.**
3986) **Max Siems.**

Zum roten Löwen.
Am Himmelfahrtstage:
Großes Ringreiten
3984 mit nachfolgendem Tanz.
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Hierzu laden freundlichst ein **Die Reiter und C. Mlür.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Schwartau.
Einladung zum Ball
am 1. Juni (2. Pfingsttage)
im Lokale des Herrn Mau, Hotel Kronprinz.
Anfang abends 7½ Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Eintritt 70 Pfg., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pfg., wof. Garderobe.
2974) **Das Komitee.**



Landungsplatz des Lübecker Vereins für Luftfahrt (Israelsdorfer Chaussee).
Am Pfingstsonntag, d. 31. Mai, nachm. 5 Uhr: Fallschirm-Absturz des Aeronauten Thomik aus ca. 1000 Meter Höhe vom Montgolfiere.
Kassenöffnung 4 Uhr. — Konzertbeginn ½5 Uhr.
Preise im Vorverkauf in den Zigarrenhandlungen von **Otto Borchert,** Breite Straße 65, **H. Buse,** Breite Straße 55, **Friedrich Nagel,** Markt 14, **H. Drefalt,** Breite Straße 28 30 und Sandstraße 27, **W. Koch, Th. Wulf Nachfl.,** Holstenstraße 41, **Carl Roß,** Kohlmarkt 21, **Wilh. John,** Schüsselbuden 3, **Franz Schwedt,** Große Burgstraße 31, **Friedr. Langermann,** Mühlenbrücke 4: 1. Platz 80 ₰, 2. Platz 40 ₰.
Militär- und Kinderkarten: 1. Platz 50 ₰, 2. Platz 25 ₰.
Mitglieder des L. V. f. L. zahlen für sich und ihre Angehörigen 50 Pfg. für 1. Platz, doch müssen deren Karten bis spätestens **Sonnabend** mittag (30. Mai) bei Herrn **Otto Borchert,** Zigarrenhandlung gelöst sein. An der Kasse haben sie **keine** Ermäßigung.
An der Kasse: 1. Platz 1 M, 2. Platz 50 ₰, Wagenkarten (leer) 1 M.
Bei ungünstiger Witterung wird Verlegung vorbehalten. Rückzahlung findet nicht statt. 3995

Gewerkschaften Lübecks.
Sonntag, den 24. Mai 1914: (4005
2. groß. Kinderfest
mit Ueberraschungen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt à Person 20 Pfg.
Abends 8 Uhr: Nur für Erwachsene
Großer Ball. Frühlingspolonäse, Preistanzen etc.

Billig! Schuhwaren Billig!
Herrenstiefel, Box, . . von 6.50 an | Kinderstiefel, 31—35, . von 4.50 an
Damenstief., mod. Form Lackk., v. 5.50 | Sandalen, 27—30, . . von 1.85 an
Knabenstiefel, 36—40, von 5.50 an | Sandalen, 31—35, . . von 2.05 an
Kinderstiefel, 27—30, . von 4.00 an | Sandalen, 36—40, . . von 2.45 an
Arbeitsstiefel in Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel. Braune Herren-, Damen- und Kinderstiefel billigst. (3983
Partiewarenhaus Pfaffenstr. 15.

Zentral-Hallen
Himmelfahrtstag: 42
Tanzkränzchen.
Anfang 6 Uhr.

Adlershorst. (41)
Himmelfahrtstag: **Tanzkränzchen**

Weisser Engel
Himmelfahrtstag:
Tanzkränzchen.
2954) **Bernh. Boldt.**

Hansa-Halle.
Am Himmelfahrtstage sowie jeden Sonnabend: 3986
Großes Tanzkränzchen

Friedrich-Franz-Halle.
Himmelfahrtstag
Tanzkränzchen Eintritt frei. 3987

Schönböcken.
Gr. Ringreiten
am Sonntag, dem 24. Mai 1914
Hierzu ladet freundlichst ein
3972) **B. Dettmann.**

Kaffeehaus Moisling.
Donnerstag, am Himmelfahrtstag
Großes Kinderfest
wo sämtl. Kinder verkleidet werden.
Eintritt 20 Pfg. Anfang 4 Uhr.
3966) **H. Siemers.**

Brauerei Fackenburg.
Morgen Himmelfahrt:
Großes Konzert.
Anfang 4 Uhr. (3979) Eintritt frei.

Achtung! Achtung!
Die beliebte **Zirkus-Arena** gibt am **Donnerstag, d. 21. d. Mts.** auf dem freien Platz des Gastwirtes **Matthies, Brauerei Fackenburg,** die beiden ersten Eröffnungs-Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: Kinder- u. Familien-Vorstellung und abends 8½ Uhr große Gala-Eröffnungsvorstellung. Preise der Plätze: Sitzplatz 30 Pfg., Stehplatz 20 Pfg., Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.
Indem ich ersuche, meine Arena nicht mit anderen, bereits am Platze gewesenen Gesellschaften zu vergleichen, bitte, dem verehrten Publikum einige amüsante Stunden zusichernd, um zahlreichen Besuch.
3997) **Die Direktion.**

Stadthallen-Sommertheater.
Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag)
Anfang 8¼ Uhr:
Wiederholung des erfolgreichen Schwankes: (4004
Der ungetreue Eckehart
Schwank in 3 Akten v. Hans Sturm.
Kolossaler Heiterkeitserfolg!
Freitag, den 22. Mai 1914
Anfang 8¼ Uhr:
Novität! Novität!
Mein alter Herr.
Lustspiel von F. u. B. Arnold.

Sommertheater
in Fritz Rittschers Hansatheater,
Dir. **Ernst Albert.**
Donnerstag, den 21. Mai:
Rin ins Vergnügen.
Große Posse mit Gesang und Tanz
Freitag, den 22. Mai
Das am Dienstag mit großem Erfolg gegebene Lustspiel:
Majolika.
Anfang stets 8¼ Uhr.
Vorverkauf bei Fr. Nagel u. Fr. Sager. (3993

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 116. Mittwoch, den 20. Mai 1914. 21. Jahrg.

Noch kein Reichstagsschluß.

In einer Sitzung von mächtiger Ausdehnung und gewaltiger Arbeitsleistung, wenn man rein quantitav wertet, hat der Reichstag am Dienstag versucht, seine Arbeiten zu Ende zu bringen. Das ist nicht gelungen, er wird noch eine kurze Sitzung haben, um die Schlußabstimmung über den Etat vorzunehmen, und es scheinen Versuche im Gange, die Reform des Militärstrafrechts noch zu retten.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit der endgültigen Annahme des verpfuschten Gesetzes zur Reform der Konkurrenzklausel, der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, die nicht viel mehr taugt, und des vom Reichstag ausgearbeiteten Initiativantrages zur schärferen Bestrafung des Duells. Ebenso rasch erledigte man die noch ausstehenden Wahlprüfungen, damit über eine Reihe wurmstichiger konservativer und nationalliberaler Mandate die Beweiserhebung während des Sommers erfolgen kann.

Und damit war man zur dritten Lesung des Etats gelangt, die Genosse Ledebour mit einer witzigen und wirksamen Rede einleitete. Obwohl er sich auf die wenigen Punkte beschränkte, die in den jüngsten großen Debatten zum Reichskanzleretat nicht erörtert worden sind, hatte er doch ein reiches Material. Das durchaus unerfreuliche Bild der letztägigen Reichstagsverhandlungen gab ihm alle Veranlassung, noch einmal kraftvoll zu unterstreichen, wie notwendig ein besseres Diätengesetz und ein geregelter Geschäftsplan sind. Vor allem aber beschäftigte er sich mit der neuesten Wahlrechtsverweigerung in Preußen und dem Geiste, der daraus spricht. Die Minister fühlen sich als Lakaien der herrschenden Junkerkaste, deren Befehle sie willenlos ausführen, und die Liberalen taumeln von Hoffnung zu Hoffnung ohne Willen und Entschluß zum Kampf. Umso klarer faßt — führte Ledebour aus — das arbeitende Volk die politische Lage auf, es weiß, daß ihm große Kämpfe nicht erspart bleiben, es lehnt alle putschistischen Experimente ab, aber es ist sich seines endlichen Sieges gewiß, weil die Entwicklung mit ihm zu seinen Zielen geht.

Die bürgerlichen Parteien schwiegen. Sie überließen es auch bei den einzelnen Etats hauptsächlich der Sozialdemokratie, noch einmal Schlußkritik zu üben. Dabei provozierte der Kriegsminister durch sein hochmütiges Auftreten erneute Zusammenstöße, und der Kolonialdirektor Solf mühte sich vergeblich, den ostafrikanischen Kolonialskandal zu vertuschen, der mit dem Streite der beiden Herren Frh. v. Rechenberg und Frh. v. Schleinitz verknüpft ist und von scheußlichen Greueltaten der eingeborenen Askarisoldaten seinen Ausgang nimmt. Noch schlimmer ist der neueste Duala-Skandal, die rücksichtslose Verfolgung der um den heimatlichen Boden mit gesetzlichen Mitteln kämpfenden Duala in Kamerun wie in Deutschland. Die Erwiderungen des Kolonialstaatssekretärs auf die vom empörten Rechtsgefühl getragenen Angriffe der Genossen Dr. Frank und Davidsohn waren von einem geradezu unverständlichen Mangel an Rechtsempfinden und Menschlichkeit auch gegenüber den Negern diktiert. Noch vor 8 Jahren hat der Reichstag eine wüste Justizbarbarei gegen die Duala rückgängig gemacht, ob er sie auch diesmal schützen wird, darüber möchten wir keine Zusicherung wagen.

Zum Schluß gab es bei der dritten Lesung des Postetats eine heftige Debatte über den Antrag unserer Fraktion, die Landbriefträger durch Einstellung einer Summe von 2½ Millionen in den Etat für das zu entschädigen, was sie durch das Scheitern der Besoldungsnovelle verlieren. Jede bürgerliche Partei hatte ihre besondere Redensart, um ihre Gegnerschaft gegen diesen selbstverständlichen Antrag zu entschuldigen. Die einen wollten konsequent sein, die andern dem parlamentarischen Regime keinen Vorschub leisten, die dritten der Sozialdemokratie die Verantwortung für das Scheitern der Besoldungsnovelle nicht abnehmen. Im Grunde genommen fürchteten die Herren alle nur die von der Regierung komischerweise angedrohte Reichstagsauflösung, und mit diesem Verrat an den Landbriefträgern, einem Akt jämmerlichster Feigheit, wird die Reichstagssession des Zabernumfalls in ihrer Art entsprechend enden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 19. Mai 1914.

266. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück, Lisco.

Einige Rechnungssachen werden debattelos erledigt.

Es folgt die dritte Lesung des Konkurrenzklauselgesetzes.

Marquardt (NL.): Ich betrachte das Gesetz als schwere Schädigung der Volksinteressen und bleibe mit dem Leipziger Handlungsgehilfenverband bei der Ablehnung.

Giesel (SD.): Die bürgerlichen Parteien haben den Handlungsgehilfen einzureden versucht, daß ihnen dies Gesetz erhebliche Vorteile bringe; aber sie haben nicht einmal die Angehörigen der Harmonieverbände zu überzeugen vermocht, wie die Worte des Vorredners beweisen. Ein Unternehmerblatt, die „Textilwoche", hat denn auch gejubelt, das Gesetz sei eine wertvolle Errungenschaft für die Unternehmer. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun bringt das Gesetz ja unzweifelhaft den Handlungsgehilfen gewisse Zugeständnisse, wie z. B. das Verbot der Konkurrenzklausel bis zu 1500 Mark Gehalt — eine freilich viel zu niedrige Grenze und die bezahlte Karenz. Über diese Errungenschaften haben wir Sozialdemokraten im mühsamen Ringen der Regierung abgepreßt, während die bürgerlichen Parteien den besten Teil unserer Errungenschaft wieder preisgegeben haben. Ein direkter Rückschritt ist, daß der Unternehmer neben der verwirkten Konventionalstrafe auf Erfüllung klagen kann. (Hört, hört! bei den Soz.) Solche rückschrittlichen Bestimmungen treffen den Handlungsgehilfen ganz gewiß, aber die Vorteile des Gesetzes werden ihnen durch geheime Konkurrenzklausel der Unternehmer wieder genommen, gegen die der Reichstag den Handlungsgehilfen jeden Schutz versagt hat. Meine politischen Freunde lehnen es daher ab, an diesem Gesetz mitzuwirken, das nur eine Täuschung und Schädigung der Handlungsgehilfenschaft ist. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Weinhausen (Vp.): Die große Mehrheit der Handlungsgehilfen billigt das Gesetz und dankt uns für den erreichten Fortschritt. Daß der Unternehmer auch auf Erfüllung klagen kann, ist ein Gebot des Anstands.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in dritter Lesung angenommen.

Debattelos werden in dritter Lesung angenommen das Duellgesetz des Reichstags, die neue Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige und das Spionagegesetz.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Rogalla v. Bieberstein (K.), Graf Carmer-Zieserwitz (K.), Graf Westarp (K.), Witt-Marienwerder (Rp.) und Dr. Pachnicke (Vp.) werden nach den Kommissionsanträgen debattelos für gültig erklärt; über die Wahlen der Abgg. Bassermann (NL.), v. Massow (K.) und Dr. Graf Schwerin-Löwitz (K.) wird ebenfalls entsprechend dem Kommissionsantrag Beweiserhebung beschlossen.

Die Wahl des Abg. Alpers (Welfe) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Stadthagen (SD.): Wir beantragen die Ungültigkeit. Es liegt unzweifelhaft amtliche Wahlbeeinflussung durch die Kriegervereine und den Kreiskriegerverband vor.

Auf Antrag des Abg. Neumann-Hofer (Vp.) wird die Wahl an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen.

Es folgt die

dritte Lesung des Etats.

Ledebour (SD.): Es ist üblich, bei der dritten Lesung des Etats eine allgemeine zusammenfassende Uebersicht über die Ergebnisse der Session und ihre Resultate für den sozialen und politischen Fortschritt zu geben. Da wir aber leider erst vor wenigen Tagen den Etat des Reichskanzlers hier beraten haben, werde ich mich auf kurze Ergänzungen und solche Fragen beschränken, die erst ganz neuerdings aufgetaucht sind. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie notwendig eine solche Reform der Geschäftsführung in diesem Hause ist, wie ich vor einigen Tagen hier bei der zweiten Lesung des Etats des Reichstags gefordert habe, so hätten die gestrigen Vorkommnisse dafür einen schlagenden Beweis geliefert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Abends ½9 Uhr, nach 8½stündiger Sitzungsdauer, haben noch eine große Anzahl Abgeordneter den Versuch gemacht, die dritte Lesung des Etats zu forcieren. Das Tohuwabohu, das dabei entstand, hat sie eines Besseren belehrt. Aber schon die bloße Möglichkeit eines solchen Versuches beweist, daß wir uns zu Beginn der nächsten Session über eine bessere Arbeitseinteilung verständigen müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dabei muß ich allerdings noch einmal unterstreichen, in wie unverantwortlicher Weise der Reichstag von der Reichsregierung mißhandelt wird. Weiß jemand von Ihnen, m. H., ob der Reichstag heute geschlossen oder vertagt wird? Die Scheuerfrauen wissen es vielleicht, wir Abgeordnete nicht. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Vielleicht haben einige Herren etwas munkeln hören. (Zurufe.) Was, selbst die Herren von der Reichspartei haben nichts munkeln hören! Das ist ja noch nicht dagewesen! (Große Heiterkeit.) Jedenfalls müssen wir der Oeffentlichkeit klar machen, daß die Art und Weise, wie die Regierung sich erlaubt, mit dem Reichstag umzuspringen, einfach nicht mehr ertragen werden kann. (Lebh. Zust.) Jede Regierung hat den Reichstag, den sie verdient, und jeder Reichstag die Regierung, die er verdient (Sehr wahr!), und der Reichstag verdient weiter mißhandelt zu werden, wenn er sich nicht zur Wehr setzte. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Der jetzige Zustand ist umso unerhörter, als man dem Reichstag unter gewissen Umständen Freifahrtkarten und die Vertagung in Aussicht gestellt hatte. Von den Parteigängern der Regierung wurde vor der Abstimmung über die Besoldungsvorlage getuschelt, wenn der Reichstag sich in diesem Punkte willig zeige, werde die Regierung über die Vertagung und deren Vorteile mit sich reden lassen. Hat man denn gar kein Gefühl für die Würde und Selbstachtung des Reichstags, daß man glaubt, ihn in dieser Weise ködern zu können? Erfreulicherweise haben diese Lockrufe auf unsere Entscheidung gar keinen Einfluß gehabt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wir dürfen keine Zustände dulden, unter denen noch einmal solche Gedanken auftauchen könnten. Wenn die Reichsregierung eine Spur von Achtung für den Reichstag hat, müßte sie gerade jetzt dem Antrag Bassermann zustimmen. (Sehr wahr!) Für das Verhalten der Regierung gegenüber der Sozialreform ist der Briefwechsel des Staatssekretärs Dr. Delbrück in Sachen der „Volksfürsorge" sehr charakteristisch. Schon bei der zweiten Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern hat Dr. Delbrück erklärt, es müsse im Interesse der weltpolitischen Entwicklung Deutschlands eine größere Pause in der Sozialreform gemacht werden. Mehrfach hat er betont, die Sozialreform müsse verständig sein, das heißt, auch dem Arbeitgeber das nötige Maß wirtschaftlicher und moralischer Ellbogenfreiheit wahren. Wegen dieser scharfmacherischen Redensarten zur Verantwortung gezogen, hat er dann natürlich versichert, er arbeite unablässig für das Wohl der Arbeiter. Wie das gemeint ist, haben wir nun bei der „Volksfürsorge" gesehen. Auch der Staatssekretär hat

---

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft
von Graf E. A. Saltas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(47. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

16.

Während eines heftigen Schneegestöbers langte eines Vormittags auf dem Gutshofe in Beresopole ein verdeckter Schlitten an. Die wenigen Leute, die auf dem Hofe standen, blickten neugierig dem Gefährte nach, welches auf das Herrenhaus zufuhr. Da in der letzten Zeit so wenig Gäste nach Beresopole kamen, erstaunten alle, besonders aber darüber, daß ein Soldat mit aufgepflanztem Seitengewehr den Schlitten begleitete. Milowanow und Pauline schauten zum Fenster hinaus, und einige Diener sprangen herbei, um den Wagenschlag zu öffnen. Pauline war aufgeregt und dunkelrot im Gesichte, und mit Tränen in den Augen sagte sie:

„Fragen Sie den Fürsten, wo wir einquartiert werden sollen!"

Während die Diener ins Schloß zurückliefen, betrachtete Pauline das Herrenhaus und den Hof, wo sie die schrecklichsten Tage ihres Lebens vollbracht, aber auch endlich das so lange erträumte Glück gefunden hatte. Dicke Tränen rollten über ihre Wangen, und das Kind fing an zu weinen, als fühlte es die Tränen der Mutter. Milowanow war ebenfalls sehr unruhig; er dachte daran, wie er seine alte Mutter wiedersehen würde. Als er sah, daß das „erste Häuschen" leer stand, und die Fensterläden fest verschlossen waren, krampfte sich sein Herz schmerzlich zusammen.

Nach einer Viertelstunde erschien endlich ein Lakai und meldete in ganz verändertem Tone:

„Die Fürstin hat befohlen, daß Sie vor das Tor hinausfahren und dort warten. Hier ist kein Raum für Sie."

Pauline verstand anfangs nicht, was man ihr sagte, und der Diener mußte ihr noch einmal wiederholen, daß sie draußen vor dem Tore auf die weiteren Befehle warten sollten.

Der Schlitten fuhr zum Tore hinaus und blieb mitten auf der Straße stehen, während das Schneegestöber immer heftiger wurde. Die Zeit, welche Pauline hier voll gespannter Erwartung zubrachte, kam ihr wie eine Ewigkeit vor; nur eine halbe Stunde war seit ihrer Ankunft verflossen, doch ihr schienen es schon über zwölf Stunden zu sein.

Endlich kam ein großer Mann, den Pauline nicht kannte; er grüßte mit einem bloßen Kopfnicken, und während er auf einen jungen Burschen zeigte, schrie er dem Soldaten zu:

„Der da wird Dir zeigen, wohin Du sie bringen sollst. Hast Du sie abgeliefert, so komme mit den Papieren zu mir in die Stube!"

Der Schlitten setzte sich wieder in Bewegung und blieb vor einem großen Hause stehen. Der Bote, welcher neben dem Schlitten herlief, war, wie die junge Frau sofort erkannt hatte, einer von ihren früheren Dienern in Moskau. Er öffnete den Wagenschlag, küßte ihr verstohlen die Hand und sagte mit Tränen in den Augen:

„Mütterchen, hier . . . hier herrscht nur die Sünde. Bitte, treten Sie ein!"

In dem großen Hause war für Milowanow eine Stube eingerichtet, die nämliche, welche früher das Stubenmädchen Eugenie bewohnt hatte. Allein wenn sich Eugenie rächen wollte, so war ihre Rache mißlungen; denn Pauline wußte nicht, daß dieses die Stube ihres ehemaligen Dienstmädchens war, und Milowanow, der dieselbe kannte, hütete sich wohlweislich, seiner Frau etwas davon zu sagen. Als schließlich alle ihre Sachen aus dem Schlitten ins Haus gebracht wurden, und das Kindchen vom vielen Weinen ermüdet, eingeschlafen war, setzte sich Pauline neben die Wiege ihres Sohnes; sonderbarerweise kam ihre augenblickliche Lage ihr gar nicht so schrecklich vor. Auch Milowanow wurde ruhiger und beinahe vergnügt; denn er hatte bereits erfahren, daß seine Mutter sich in Pratscheschnoe befinde, und daß man sie nicht im geringsten belästige. So kehrte neue Hoffnung in die Herzen der Eheleute ein. Pauline tröstete sich immerfort mit dem Gedanken, daß die eigentümliche Lage, in welcher sie sich befand, nicht von langer Dauer sein könnte. Es war ja auch unerhört, daß sie, die geborene Fürstin, eine Leibeigene ihres früheren Stubenmädchens sein sollte. Ein derartiger Fall hatte sich noch niemals ereignet und konnte daher auch nur als eine vorübergehende Prüfung betrachtet werden. Außerdem hoffte sie, daß, sobald sie ihren Vetter, den Fürsten, gesehen und gesprochen hätte, dieser grundehrliche Mann dieser Komödie sofort ein Ende bereiten werde. Selbstverständlich schickte sie auch alsbald zum Fürsten und ließ fragen, wann sie ihn sprechen könnte. Nach einer Viertelstunde brachte ihr ein ihr bekannter Diener, namens Titus, Antwort; indem er ihr ehrerbietig die Hand küßte und einen scheuen Seitenblick nach Milowanow warf, meldete er, die Fürstin lasse Praskowia Andrejewna sagen, Durchlaucht wäre krank und dürfe nicht beunruhigt werden.

„Sage mir die Wahrheit, Titus! Ist der Fürst wirklich krank?" fragte Pauline.

Der alte Diener wurde verlegen, aber nach einer Weile antwortete er:

„Wie soll ich es Ihnen nur erklären, Mütterchen! Während der letzten Zeit kränkelt der Fürst viel und liegt zu Bett, aber er sieht alle und spricht mit allen. Allein das ist ja alles nur die Bosheit der Pratscheschnoer Fürstin*)!"

„W—a—s?" rief Pauline. „Was hast Du gesagt?"

„So nennen wir sie, Mütterchen," erwiderte Titus mit traurigem Lächeln. „Da ihr das Gut Pratscheschnoe verschrieben ist, so pflegen wir ihr diesen Spottnamen zu geben, allein wir müssen uns sehr in acht nehmen; denn erführe sie es, so würde man uns entweder verbannen oder zu Tode prügeln. Jetzt geht es hier ganz anders zu, Mütterchen, als zu Ihrer Zeit; es ist alles hier sehr schlimm geworden. Man behauptet immer, wenn unser eines Herr würde, so gäbe er die Prügel, die er früher bekommen, seinen Dienern mit Zinsen zurück. Entschuldigen Sie, bitte, mit ihrem Gatten verhält es sich ebenso; bekäme er Leibeigene in die Hände, so erginge es diesen auch schlecht . . ."

„Sage mir," unterbrach ihn Pauline schnell, weil die Worte des Alten ihr Schmerz bereiteten, „sage mir, ist mein Vetter vollständig in der Gewalt Eugeniens . . . der Fürstin?" fügte sie seufzend hinzu; denn sie fühlte, daß sie kein Recht besaß, der mit ihrem früheren Stubenmädchen vorgegangenen Veränderung sich zu widersetzen. „Tut er alles, was sie will?"

„Ah, sie läßt ihn kein Wort reden! Der Ärmste sitzt und weint . . ."

„W—a—s?" rief Pauline erstaunt. „Er weint?"

Der Alte erzählte so viel Entsetzliches von der Ehe des Fürsten, daß weder Pauline noch Milowanow alles glauben wollten. Nach dem Berichte des alten Titus stand der Fürst Elias nicht nur vollständig unter dem Pantoffel und mußte sämtlichen Launen Eugeniens ohne Murren sich fügen, sondern er hatte auch seine ganze Willenskraft eingebüßt und war ein völlig willenloses, kindisches Geschöpf geworden. Außerdem ließ der greise Diener ein paar undeutliche Worte fallen, welche andeuteten, daß Eugenie ihren Gatten systematisch zu Grunde richtete.

„Auf welche Weise denn?" riefen Milowanows.

„Nun, man behauptet es bloß . . ."

„Aber wie vermöchte sie solches? Man kann allerdings einen Menschen durch Streit, Zank und üble Laune das Leben verbittern . . ."

*) Als Spottname heißt „Pratscheschnoer Fürstin" — Fürstin aus dem Waschhaus", und so wurde Eugenie von ihren früheren Kameraden und Kameradinnen genannt. Anmerk. d. Übers.

sie an sich als Kulturwert ersten Ranges anerkannt, das eigentlich von allen anständigen Menschen gefördert werden müßte. Trotzdem hat er alle seine Einflüsse gegen die „Volksfürsorge" aufgeboten, bloß weil es ein Arbeiterunternehmen war, das nicht unter Regierungseinfluß stand, sondern aus der freien Initiative der Arbeiter selbst hervorgegangen ist. Dr. Delbrück mußte zugeben, daß die „Volksfürsorge" mit keinerlei Parteipolitik und Parteiorganisation zusammenhängt. Aber alles, was die Arbeiter tun, ohne Aufsicht der Regierung und der Unternehmerschaft, wird einfach für sozialdemokratisch erklärt. Wir können uns über eine solche Reklame nur freuen. Sie wird die Popularität der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft nur erhöhen können. Jedenfalls haben wir bei dieser Gelegenheit erfahren, wie der Staatssekretär hinter den Kulissen zu den Worten steht, die er öffentlich proklamiert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn er wieder einmal mit geläufiger Zunge, aber dem charakteristischen starren Ausdruck sein Wohlwollen für die Arbeiter versichert, werden wir ihm einfach antworten: Schöne Maske, Dich kennen wir! (Gr. Hkt.) Herr Delbrück ist das geworden, was seine Vorgänger abgelehnt haben, ein Staatssekretär für die Verschleierung der sozialen Rückschrittlerei. Er erfüllt damit die Aufträge der Großindustrie, für die sich jetzt im Sächsischen Landtag Nationalliberale und Konservative ja um die Wette eingesetzt haben. Er arbeitet im Sinne der altnationalliberalen Korrespondenz, der nationalliberalen Geheimregierung während der permanenten Abwesenheit Bassermannii (Gr. Hkt.), daß alle sozialreformerischen Bestrebungen im Interessen der weltpolitischen Ausbreitung der deutschen Industrie eingestellt werden müßten. Die Regierung ist entschlossen, mit der Sozialpolitik auf absehbare Zeit Schluß zu machen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Reichstag hat ebenso wie in der Sozialpolitik gegenüber der Militärwillkür versagt. Der neue Kriegsminister, der ins Amt berufen wurde, damit man sich über die Versprechungen Heeringens umso leichter hinwegsetzen konnte, ist offenbar wegen seiner Redefähigkeit gegen die Sozialdemokratie zu seinem Posten gekommen. Es hat ja etwas Erheiterndes in unseren ernsten Debatten, wenn so ein Offizier, vollgepfropft mit den Kadettenhaus-Ideen gegen die deutsche Arbeiterpartei anstürmt. Neben ihm schreitet säbelrasselnd und eisenfresserisch der General Wild v. Hohenborn, als wollte er zwei Sozialdemokraten auf einmal auf die Spitzen seines aufgezwirbelten Schnurrbartes aufspießen. (Schallende Heiterkeit.) Sie beide erinnern lebhaft an die Kavalleriecattaden des Ritters Don Quichote de la Mancha und seines wackeren Sancho Pansa. (Erneute Hkt.) Aber bei der militärfrommen Stimmung des Reichstages kann die Regierung ja schicken, wen sie will, nur einmal bei der Ablehnung des Neubaues für das Militärkabinett ist der Reichstag wenigstens bisher gegen die militaristische Anmaßung festgeblieben. Es ist ja überhaupt sonderbar, was man uns als Regierungsvertreter hierherschickt. Nach welchen Grundsätzen werden die Herren eigentlich ausgewählt? Herr v. Falkenhayn hat uns in der Budgetkommission erzählt, als er Adjutant eines hohen Herrn gewesen wäre, hätte sich der damals noch erfolglose Graf Zeppelin an diesen gewandt und um eine Unterstützung gebeten; da habe ihm der hohe Herr gesagt: „Schreiben Sie doch einmal eine Ablehnung", und da habe er sich hingesetzt und aus allerlei Flugschriften haarklein bewiesen, daß sich ein Zeppelin niemals in der Luft halten können. (Gr. Hkt.) Wenn damals Herr v. Falkenhayn seinem hohen Herrn erwidert hätte, sein Gewissen erlaube ihm nicht, auf Kommando ein Urteil über eine Sache abzugeben, von der er nichts verstehe, dann säßen wir ihn heute gewiß nicht hier. (Sehr gut! b. d. Soz.) Dann wäre er ganz gewiß nicht General geworden. Nur die Leute, die auf Kommando alles beweisen, schickt man uns als Minister hierher. Wer losdonnert, wenn es ihm befohlen wird, der strenge Arrest sei eigentlich ein Spaß, der ist der richtige Mann, der nur ein Amt und keine Meinung hat. So ist nicht bloß der Kriegsminister, so sind die Minister überhaupt. Minister und Reichskanzler dürfen in Preußen-Deutschland keine selbständigen Köpfe und Charaktere sein, sondern müssen sich der gottgewollten Abhängigkeit vom preußischen Junkertum stets bewußt bleiben. Neben diesem ist auch der monarchische Einfluß nur dekoratives Beiwerk. Den maßgebenden Einfluß haben Kapital und Großgrundbesitz, und die Regierung ist eine Parteiregierung der konservativen Minderheit. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Dafür haben wir gestern im Preußischen Abgeordnetenhaus an Herrn v. Loebell wieder einen glänzenden Beweis erlebt. Wie bewunderungswürdig hoffnungsfroh sind doch selbst die am weitesten links stehenden bürgerlichen Politiker! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Weil Loebell Bülow-Blockpolitik gemacht hat, haben sie sich eingebildet, Loebell müsse als konsequenter Politiker und überzeugter Ehrenmann wieder Blockpolitik machen. Aber Loebell hat sich löblich oder Loebellisch unterworfen (Gr. Hkt.) und ist von Dallwitz nicht im mindesten zu unterscheiden. Wir sind offen in die Rückschrittsära eingeschwenkt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf ein Eingreifen des Reiches in Mecklenburg ist absolut nicht mehr zu rechnen, und in Preußen soll es rückwärts statt vorwärts gehen. Auch das preußische Zentrum hat nunmehr zum ersten Male ausgesprochen, daß es für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht zu haben ist. Ich stelle fest, daß auch die Zentrumsfraktion des Reichstages diese Erklärung gegen das gleiche Wahlrecht ohne jeden Widerspruch hinnimmt. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Den Höhepunkt bildete im Dreiklassenhaus natürlich Herr v. Heydebrand, der meinte, er stehe fest da mit der Hand am Schwertknauf. Als ich das las, habe ich mir gesagt, das möchtest du doch mal sehen. (Schallende Hkt.) So was sieht man nicht alle Tage. (Erneute Hkt.) Heydebrand als Erzengel Michael, den Drachen der Revolution mit dem gewaltigen Ritterschwert erlegend, das muß schön sein. (Heiterkeit.) Heydebrand hat uns direkt um ein bischen Revolution angefleht. Wir sind eine Partei der Revolution, aber nicht im Sinne der Putscherei, wir sind längst drinn in der Revolution, die allmählich unsere Ziele verwirklichen muß. (Lebhafte Zustimm. b. d. Soz.) Die bürgerlichen Parteien selbst müssen an dieser Entwickelung mitarbeiten. Dabei denke ich freilich am wenigsten an die Fortschrittler, die man als unsere Hörigen im preußischen Dreiklassenparlament wild beschimpft hat. Ich bestätige den Fortschrittlern gern, daß sie genau so selbständig und von uns unabhängig sind, wie jede andere Partei. (Sehr wahr! b. d. Soz. Lachen rechts.) Stichwahlhilfe nimmt jede Partei von uns, auch die Konservativen, wenn sie sie nur kriegt. Wenn das Zentrum das ableugnet, so verfährt es nach dem alten Jesuitengrundsatz, zu leugnen, was man getan hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Augenblicklich freilich möchte das Zentrum gegen uns sammeln. Im wunderschönen Monat Mai ist in den Herzen der beiden jungen Leute, Böttger und Erzberger, die Liebe zu einander aufgegangen. (Heiterkeit.) Jeder derartige Sammelblock gegen die Sozialdemokratie könnte nur durchaus reaktionäre Politik treiben, und dann würde die proletarische Massenbewegung um so kräftiger und umfangreicher. Wir haben solche Blockbestrebungen nicht im mindesten zu fürchten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein Beispiel solcher bürgerlicher Blockpolitik haben wir ja gestern schon erlebt. Sie haben bei den Dampfersubventionen der Regierung kapitalistische Interessen noch über deren Willen hinaus aufgezwungen und Millionen verschleudert. Dafür knapst und knausert man bei den Angestellten und sogar bei den Veteranen mit jedem Pfennig. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie die bürgerlichen Parteien der sozialen Revolution vorarbeiten, das hat die Duala-Enteignung gezeigt. In Deutschland werden die Polen aus parteipolitischen, in Kamerun die Duala aus rassepolitischen Gründen enteignet. Wenn Sie selbst die Enteignung so leicht beschließen, und den Ast der Heiligkeit des Eigentums absägen, auf dem sie sitzen, dann wird sich eines Tages das Volk sagen, wenn schon enteignet werden soll, dann enteignen wir lieber die paar großen Ausbeuter, zugunsten der breiten Massen. Lebhafter Beifall b. d. Soz.) In diesem Sinne arbeiten wir revolutionär, aber nicht in Heydebrands Sinne antisozialistisch. Das Volk hat heute andere Waffen als Flinten und Revolver, vor allem den politischen Massenstreik, der auch bei uns kommen wird und kommen muß. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Entwickelung zur Revolution kann keine Macht der Erde aufhalten. Wenn Sie den Ratschlägen des Janusköpfer oder anderer moderner Prinzenerzieher (Heiterkeit links) folgen, und Gewaltstreiche gegen den Reichstag unternehmen, wird die Entscheidungsschlacht nur um so früher kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie haben in den letzten Tagen wieder an unserer Vaterlandsliebe gemäkelt. Ihre Vaterlandsliebe besteht in Eroberungsplänen nach außen und Volksunterdrückung nach innen. Demgegenüber sind wir Antimilitaristen. Wir sind überzeugt, daß Ehre und Ansehen des deutschen Volkes nach unseren Grundsätzen am besten gewahrt sind, und erfüllen unsere patriotische Pflicht, indem wir für das deutsche Volk Wohlfahrt und Freiheit erkämpfen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Einzelberatung erklärt beim „Auswärtigen Amt"

Unterstaatssekretär Zimmermann auf eine Anfrage Bassermanns, daß die deutschen Interessen in Marokko geschützt und eventuell das Schiedsgericht angerufen werden würde.

Beim Reichsamt des Innern bedauert

Bauer (SD.) die Mangelhaftigkeit der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Versicherung der Hausgewerbetreibenden und fordert ein schleuniges Notgesetz, das die Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden festlegt. Selbstverständlich werde die Sozialdemokratie auch für die Resolution Spahn stimmen, die einen besseren Schutz des Koalitionsrechts fordert.

Die Resolution Spahn und eine Resolution Pfeiffer-Quark auf Regelung der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden werden angenommen.

Zum Kapitel „Reichsschulkommission" beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (SD.) Einstellung einer Summe in den nächstjährigen Etat zum Ausbau der Reichsschulkommission im Sinne des diesjährigen Reichstagsbeschlusses.

Ein Antrag der vereinigten bürgerlichen Parteien wünscht Beihilfen an das preußische Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

Ministerialdirektor Lewald: Wir werden den Antrag wohlwollend prüfen, haben aber verfassungsrechtliche Bedenken.

Schulz-Erfurt (SD.): Von dem preußischen Zentralinstitut wissen wir überhaupt nichts. Trotz unserer Bereitwilligkeit zur Bewilligung aller Mittel für Bildungszwecke können wir Reichsgeld nicht ohne jede Kontrolle hergeben. Wir haben das größte Mißtrauen gegen Preußen und besonders das preußische Schulwesen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) — Unser Antrag zugunsten der Reichsschulkommission ist die Wiederaufnahme eines liberalen Antrages vom vorigen Jahre. Wir sind gespannt, ob die Liberalen jetzt ihr Kind anerkennen oder verleugnen werden. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der andere Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt der

Militäretat.

Schöpflin (SD.): Ich habe verschiedene Fragen an den Kriegsminister zu richten. Ist es richtig, daß ein Erlaß besteht, der bestimmt, daß die wegen bestimmter Vergehen verurteilten jungen Leute sofort in die Arbeitsabteilung eingestellt werden? Fälle wie der Fall unseres Parteigenossen Stücker müssen die Befürchtung erwecken, daß man auch politisch mißliebige Personen in die Strafabteilungen stecken könnte. — Ferner möchte ich den Kriegsminister um Auskunft bitten, ob der Unteroffizier in Montigny, der so tragisch durch Selbstmord geendet hat, in der Tat, wie der Unglückliche in einem Briefe angegeben hat, von dem Hauptmann in den Tod getrieben worden ist. — Schließlich noch eine Frage: In der 262. Sitzung vom 8. Mai, als von der Nichtbeförderung der Juden zu Reserveoffizieren die Rede war, tat der Kriegsminister eine Äußerung, die ganz allgemein so verstanden wurde, daß er den Zustand als verfassungswidrig bezeichnete. Ich habe deutlich die Worte vernommen: „der Zustand ist verfassungswidrig", und die ganze Presse hat ebenso berichtet. Im amtlichen Stenogramm aber steht statt „ist" „scheint". (Hört, hört! bei den Soz.; Zuruf des Abg. Werner-Gießen.) Mit Ihnen, Herr Kollege, in diesem Stadium der Verhandlungen über Verfassungsfragen zu streiten, habe ich zurzeit keine Lust, zumal gegen gewisse Eigenschaften gewisser Leute selbst Götter vergebens kämpfen. (Heiterkeit bei den Soz.) Jedenfalls bitte ich den Kriegsminister um Antwort auf meine Frage.

Generalmajor v. Langermann: Die Entscheidung über die Frage der sofortigen Einstellung vorbestrafter Mannschaften in Strafabteilungen ist noch nicht entschieden. Es handelt sich um den Schutz der Mannschaften vor üblen und entsittlichenden Einflüssen. — Nach den über den Fall in Montigny angestellten Ermittelungen ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Kompagniechef, den übrigens als gutmütig, anständig und bildungseifrig geschilderten Unteroffizier irgendwie zur Verzweiflung gebracht habe. (Zuruf bei den Soz.: Wie ist es mit dem korrigierten Stenogramm?)

Dr. Pfeiffer (Z.): Über die Petitionen der Zivilmusiker ist nicht so einfach hinwegzugleiten. Allerdings ist zu bemerken, daß neben den Militärmusikern und eigentlich noch mehr, ihnen die zahlreichen Beamtenkapellen Konkurrenz machen.

Dr. Müller-Meinigen (VP.): Nach den Zeugnis des Bischofs Eylert, des intimen Freundes Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise, existiert tatsächlich die Kabinettsordre von 1798, in der den Offizieren anständiges Verhalten gegenüber dem Zivil zur Pflicht gemacht und deren Existenz der Kriegsminister neulich bestritten hat. Was die Sache mit dem korrigierten Stenogramm betrifft, so sollte der Kriegsminister lieber nicht den Anschein erwecken, als hätte er etwas gesagt, während er eigentlich nichts sagen wollte. (Heiterkeit.) Er sollte in dieser Hinsicht von seinem Kollegen von der Marinefakultät lernen. (Heiterkeit.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Was in der angeblichen Kabinettsorder von 1798 steht, ist überflüssig, da das jeder Offizier selbst weiß. (Zurufe bei den Soz.) Das Stenogramm habe ich sofort nach hier in der Sitzung geändert, indem ich statt „ist" „scheint" setzte. Nach den Presseberichten zu schließen, hat man aber keineswegs auf die Fassung den entscheidenden Wert gelegt. (Widerspruch links.) Ich danke dem Dr. Müller-Meiningen für seine freundlichen Belehrungen, ich werde aber auch ohne sie fertig werden.

Bassermann (NL.) begründet einen Antrag auf Wiederherstellung des Pressereferats in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ledebour (SD.): Wir lehnen den Antrag Bassermann ebenso ab wie den Kompromißantrag der Freisinnigen, der einen pensionierten Stabsoffizier für das Pressereferat vorsieht. Es handelt sich augenscheinlich ja nur um Beförderung des offiziösen Pressenunfugs. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Ablehnung der Kabinettsorder durch zwei Kriegsminister verstärkt nicht gerade mein Zutrauen zum preußischen Kriegsminister. Die Geschicklichkeit des Herrn v. Falkenhayn muß ihn in den Augen des Grafen Westarp talmudistischer Beimischung sehr verdächtig machen. (Große Heiterkeit.)

Kriegsminister v. Falkenhayn bezeichnet unter lebhaftem Beifall der Rechten die betreffende Kabinettsorder nochmals als grobe Fälschung.

Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Die Historiker müssen diesen Streit entscheiden.

Die Debatte schließt. Der Antrag auf Wiederherstellung des Pressebureaus wird gegen die Rechte, die Nationalliberalen und einige Fortschrittler abgelehnt. Der fortschrittliche Kompromißantrag wird im Hammelsprung mit 173 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Das Pressebureau bleibt gestrichen, ebenso bleiben die gestrichenen drei Kommandanturen bestehen.

Es folgt der

Etat des Reichsjustizamts.

Thiele (SD.): Der Reichstag hat längst eine Regelung der Frage der Entmündigung Internierter gefordert. Es ist Zeit, daß die Regierung dem Beschluß Rechnung trägt. Der Redner erläutert diese Forderung an dem Fall eines Mannes, der unter schweren Gesetzwidrigkeiten als angeblicher Querulant ins Irrenhaus gesperrt wurde. (Hört, hört! bei den Soz.)

Dr. Pfeiffer (Z.) führt Klage über Prozeßverschleppung.

Die Diskussion schließt. Der Zentrumsantrag auf Streichung des in zweiter Lesung bewilligten 6. Reichsanwalts wird — wiederum im Hammelsprung — mit 160 gegen 138 Stimmen angenommen.

Es folgt der

Etat des Reichskolonialamts.

Dr. Frank (SD.): Es ist augenscheinlich das Bestreben einflußreicher Kreise, jede direkte Verbindung zwischen den Eingeborenen der Kolonien und dem Reichstage abzuschneiden und alle Weißen zu boykottieren und möglichst zu ruinieren, die für die Schwarzen eintreten. Die „Rheinisch-Westfälische Ztg." und die „Leipz. Neuesten Nachr." haben bereits haarsträubende Vorschläge in dieser Richtung gemacht. Es scheint auch, daß die Regierung vielfach ihre sogenannten Informationen von den Vorgängen in den Kolonien auf dem Wege des Postgeheimnisses erfährt. (Hört, hört! bei den Soz.) Hier in Berlin vor unseren Augen hat man den Neger Dhin verhaftet. Nach dem Telegramm des Bezirksamtmanns soll er hier nach Deutschland gefahren sein, um Kamerun von Deutschland loszureißen und an England zu überliefern. (Heiterkeit bei den Soz.) Dabei hat er auf seiner Reise England gar nicht berührt. (Hört, hört! bei den Soz.) Eine unsinnigere Beschuldigung ist kaum je erhoben worden. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Man will den Dhin nach Kamerun bringen, wo Verwaltung und Justiz nicht getrennt sind, und ihn von denselben Behörden, gegen die er beim Reichstag Hilfe suchte, abstrafen lassen. Man weiß, welch ungeheuerliches Strafmaß dort drüben üblich ist. Wegen Unterschlagung von 200 Mark sind schon 7 Jahre Zuchthaus verhängt worden. (Hört, hört!) Gerade die kolonialfreundliche Mehrheit des Reichstags hat die dringende Pflicht, zu verhindern, daß nicht der Beschluß in der Duala-Angelegenheit als ein Freibrief für die Verfolgung und Knechtung der Eingeborenen betrachtet wird. (Stürm. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Solf: Auch wir wollen Gerechtigkeit für die Neger, aber die Neger können nicht behandelt werden wie Weiße. Mit der Lehre von der Gleichheit der Rassen kann man keine Kolonialpolitik treiben. Dhin mußte verhaftet werden, weil Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr vorlag. Seine Verhaftung steht im vollen Einklang mit dem in Kamerun geltenden Recht. Dhin wollte auswandern aus Kamerun, nämlich dauernd hier in Deutschland bleiben. Wer sagt denn, daß er nicht noch von hier aus ins Ausland geht? (Schallendes Gelächter bei den Soz.) Ich lasse mir diese einfache Sache nicht von Ihnen verdrehen. (Stürm. Protest, Rufe bei den Soz.: Wir uns erst recht nicht von Ihnen!)

Schulz-Bromberg (Rp.): Die Einmischung des Reichstags in die Angelegenheit Dhin wäre ein Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren. (Lebh. Beifall rechts.)

Dr. Frank (SD.): Der Reichstag hat allen Anlaß, dem Uebergreifen der Kolonialjustiz, dieser Gerichtsbarkeit ohne Garantien und ohne gesetzliche Basis, auf deutlichst

---

„Nein, nein, Mütterchen, das wissen wir sämtlich besser. Jede Woche kommt zweimal der „Dochtor" aus der Stadt, und wir sehen alle, daß sich der Fürst nach diesem Besuche jedesmal viel schlechter befindet. Und dazu ist dieser „Dochtor" noch ein Christusverkäufer, ein Judas Ischarioth."

„Ein Jude!" fragte Milowanow.

„Jawohl ein Jude, und zwar einer der ärgsten."

„Was willst Du damit sagen?" forschte Pauline.

„Nun, ein echter Jude . . . Wenn Christus noch einmal auf die Welt kommen würde, so würde ihn dieser Mensch noch einmal verkaufen. Ich sage dieses nicht allein, nein, alle behaupten es. Also dieser entsetzliche Jude und die Pratschefschnoor Fürstin geben dem armen Fürsten etwas ein. Wenn Elias Petrowitsch stirbt, so wird sie den Judas heiraten, und wir müssen sämtlich jüdische Leibeigene werden. Aber . . . wir Alten werden ja bald sterben . . ."

„Das ist ein Märchen," versetzte Milowanow. „Sollten jene beiden wirklich ein Vergehen planen, dann müßte man nach der Gouvernementsstadt gehen und die Polizeibehörde darauf aufmerksam machen."

„Nein, Jegor Iwanowitsch, das können wir nicht; denn das Ende vom Liede wäre, daß man uns selbst nach Sibirien schicken würde. Aber es gibt unter uns einige junge Burschen, die den „Dochtor" eines Abends im Walde ordentlich pressen wollen. Es ist möglich, daß er am Leben bleibt, aber zu uns wird er ganz gewiß nicht mehr kommen. Wenn man einmal einem Menschen die Haut abgezogen hat, so muß er sie sich vorerst wieder wachsen lassen. Nun, jedenfalls wird er in Zukunft ein wenig vorsichtiger sein."

So war bereits eine Woche verstrichen, ohne daß für Milowanows die geringste Veränderung eingetreten wäre. Pauline hatte mehrmals gebeten, ja sogar gefordert, sie wollte den Fürsten sehen, allein sie kam nicht dazu; denn jedesmal hieß Eugenie ihr sagen, der Fürst wäre krank und könnte niemand empfangen. Eines Tages kam der Verwalter zu Milowanows.

„Ihre Durchlaucht schickt mich," sagte er, „auf daß ich Sie auffordern soll, höflich ruhig sich zu verhalten. Anderenfalls sollen Sie, leibeigene Fräulein, in ein kaltes Zimmer gesperrt werden, und Du, Tischler, bekommst tüchtige Rutenhiebe. Es ist die höchste Zeit, daß Sie sich an Ihre Lage gewöhnen. Binnen kurzer Zeit werden Sie Näheres über Ihr Schicksal erfahren."

Hierauf ging der Verwalter fort, ohne die übrigen Fragen Paulines zu beantworten.

(Fortsetzung folgt.)

Reichsboden entgegenzutreten. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Wie reimt es sich zusammen, daß der Staatssekretär in einem Atemzuge von Fluchtverdacht und Verdunkelungsversuch und von der Absicht des Dhin spricht, dauernd in Deutschland zu bleiben! (Sehr gut! bei den Soz.) Gerade die kolonialfreundliche Reichstagsmehrheit hätte dringenden Anlaß, dafür zu sorgen, daß nicht ihr Beschluß in der Duala-Angelegenheit den Beginn einer Schreckensperiode für Kamerun bedeutet. (Lebh. Zust. bei den Soz.)

Dove (Vp.) und Erzberger (Z.) erklären übereinstimmend, daß keine Möglichkeit gegeben sei, in das vorliegende Verfahren einzugreifen, daß es aber dringend notwendig sei, für Trennung von Verwaltung und Justiz und Schutz der Eingeborenen in den Kolonien zu sorgen.

Davidsohn (SD.): In der ganzen Dualasache hat die Kolonialverwaltung eine äußerst geschickte Regie entfaltet. Wenn der Staatssekretär wirklich das Wohlwollen für die Eingeborenen hegt, von dem er so oft spricht, dann muß er dafür sorgen, das ihm unterstellte Beamtentum in Ordnung zu halten. (Zust. bei den Soz.)

Frhr. v. Rechenberg (Z.) erörtert seinen Konflikt mit dem früheren Kommandeur der Ostafrikanischen Schutztruppe Frh. v. Schleinitz und erklärt, daß seine früheren Meinungsverschiedenheiten mit Herrn v. Schleinitz längst beigelegt waren, als Herr v. Schleinitz die bekannte Aeußerung zugeschrieben wurde, er werde einen Offizier nicht im Dienst lassen, wenn in dessen Bezirk nicht binnen eines Jahres ein Aufstand losbräche. Wie weit diese Beschuldigungen durch die Untersuchung bestätigt worden seien, sei ihm, Redner, unbekannt.

Dr. Arendt (R.) behauptet, daß weder Herrn v. Schleinitz noch den Hauptmann v. Grawert ein Schatten von Schuld träfe.

Staatssekretär Dr. Solf erklärt, er habe ein Verbleiben des Oberleutnants v. Schleinitz auf seinem Posten in Ostafrika nicht für angemessen erachtet. Auf Herrn v. Schleinitz bleibt diese Antwort nun sitzen, daß er nach Kenntnis der Ausschreitungen der eingeborenen Soldaten nicht sofort energisch dagegen eingeschritten sei.

Erzberger (Z.) erklärt, daß er von Frh. v. Rechenberg keinerlei Material gegen Frh. v. Schleinitz erhalten habe. Die Ausführungen des Abg. Dr. Arendt waren der denkbar schwerste Angriff auf die Kommandogewalt. (Sehr gut! im Zentr.; Unruhe rechts.)

Noske (SD.): Vor 8 Jahren waren einige Duala, zum Teil dieselben, um die es sich jetzt handelt, zu 7, 8 und 9 Jahren Kettenhaft verurteilt worden, weil sie eine Beschwerde an den Reichstag gerichtet hatten. Damals griff der Reichstag ein, Fürst Bülow ordnete telegraphisch die Freilassung der Duala an, und der schuldige Gouverneur v. Puttkamer verschwand aus der Kolonie. Wie schwächlich benimmt sich heute im Vergleich dazu der Reichstag. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Der Fall Schleinitz und die eventuelle moralische Mitschuld des früheren Gouverneurs v. Rechenberg ist noch längst nicht geklärt und wir werden in der nächsten Session darauf zurückkommen müssen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der Kolonialetat wird bewilligt.

Es folgt der

Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Zubeil (SD.): Die von mir gerügten Mißstände sind nicht abgestellt worden. Wohl aber hat der Staatssekretär ein Strafverfahren wider unbekannt eingeleitet und versucht mich als Zeugen vernehmen zu lassen. Diesen Versuch des Eingriffs in die verfassungsmäßigen Rechte der Abgeordneten weisen wir aufs schärfste zurück. Ich beantrage, das Gehalt des Staatssekretärs zu streichen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz., Lachen bei den bürgerlichen Parteien.)

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Von den Sozialdemokraten ist der Antrag eingebracht worden, den Landbriefträgern eine einmalige Zulage von 100 Mark zu gewähren.

Haase (SD.): Nach der gestrigen Abstimmung über die Besoldungsvorlage und den Erklärungen des Bundesrats befinden wir uns in einer eigenartigen Situation. Alle Parteien haben anerkannt, daß die Bezüge der Landbriefträger ungenügend sind und sofort eine Erhöhung eintreten muß. Trotz der Übereinstimmung der gesetzgebenden Faktoren sollen nun die Landbriefträger nichts erhalten. Von platonischen Erklärungen werden sie nicht satt. (Sehr wahr! bei den Soz., Zurufe rechts: Das hätten Sie gestern sagen sollen!) Nachdem die Besoldungsvorlage durch die Schuld der Regierung scheitert, müssen wir uns fragen, wie wir trotzdem den Landbriefträgern helfen. Der von uns vorgeschlagene Weg ist der einzige in diesem Augenblick mögliche. Zwar hat der Reichstag aus dem Besoldungsgesetz die Bestimmung hinausgestrichen, daß Änderungen dieses Gesetzes durch den Etat erfolgen können. Aber das ist ja trotzdem nirgends verboten. Einmalige Zulagen können jedenfalls durch den Etat gewährt werden. Das steht gewiß nicht im Widerspruch mit dem Besoldungsgesetz, sondern setzt sogar eine endgültige Regelung durch eine neue Besoldungsvorlage voraus. (Sehr wahr! b. d. Soz.). Nun ist dem Reichstag das Recht bestritten worden, Etatspositionen zu erhöhen oder neue Ausgaben einzusetzen. Dieses Recht hat der Reichstag konsequent in Anspruch genommen, und seine Auffassung wiederholt gegen die Regierung durchgesetzt. Schon am 26. Mai 1897 ist dies geschehen, obwohl Graf Posadowsky, der damalige Schatzsekretär, es als verfassungsmäßig unzulässig bezeichnete. Übrigens ging er damals nicht soweit, auch einmalige Zulagen als unzulässig zu bezeichnen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Am 15. Mai 1907 erklärte in dem gleichen Falle der Zentrumsabg. Herold, daß die etatsrechtliche Kompetenz des Reichstags nicht bestritten werden könne und der Zentrumsabgeordnete Spahn sekundierte ihm, es bestünden staatsrechtlich keine Bedenken. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.) Die gleiche Auffassung vertrat wiederholt der fortschrittliche Abgeordnete Hubrich und noch jüngst der nationalliberale Vizepräsident Dr. Paasche. Unseren jetzigen Antrag hat am 19. März 1914 Abg. Erzberger bereits in der Budgetkommission angekündigt. Er hat damals gesagt, daß, wenn die Regierung auf unveränderter Annahme der Besoldungsnovelle bestehe, der Reichstag das, was die Regierung verweigere, eben in den Etat einsetzen müsse. (Stürm. Hört, hört! bei den Soz.) Dieser Standpunkt entspricht auch dem Wesen des Etatsrechts. Die Regierung hat mit einer Zähigkeit und Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre (Lebh. Zust. bei den Soz.), einstimmig gefaßte Reichstagsbeschlüsse zurückgewiesen. Nun ist der Reichstag in der glücklichen Lage, der Regierung seinen Willen aufzuzwingen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gibt es diese gesetzliche Möglichkeit, den Landbriefträgern zu helfen, dann hat der Reichstag auch die Pflicht, es zu tun. (Stürm. Zust. bei den Soz., Zurufe rechts: Gestern! Gestern!) Gestern handelte es sich darum, daß wir uns von der Regierung nicht auf die Knie drücken lassen wollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind es uns schuldig, dieselbe Festigkeit und Rücksichtslosigkeit für die Wahrung der Volksinteressen zu beweisen, mit der die Regierung sie bekämpft. (Stürm. Beifall b. d. Soz.) Weichen Sie zurück, so reizen Sie die Regierung an, künftig Ihre Fanfaren garnicht mehr ernst zu nehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Unterbeamten werden für ihre Enttäuschung nicht nur die Regierung, sondern auch die Parteien verantwortlich machen, wenn wir ihnen nicht so weit helfen, wie das in unserer Macht steht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gewisse Staatsrechtler stehen nun auf dem Staatsrecht, daß eine Etatsbewilligung die Regierung nur zu einer Ausgabe ermächtigt, nicht verpflichtet. Bei einer früheren Gelegenheit hat hier der Schatzsekretär Frh. v. Stengel erklärt, ein Staatssekretär, der trotz Ermächtigung durch die gesetzgebenden Faktoren seine Beamten auf Gehaltsverbesserung warten ließe, den möchte er sehen. Danach kann es uns ganz gleichgültig sein, ob die Regierung nur ermächtigt oder verpflichtet wird. Sollte die Regierung sich trotz unserer Ermächtigung weigern, den Landbriefträgern die 100 Mk. zu zahlen, so werden die Beamten noch besser als bisher wissen, was sie von der Regierung zu halten haben. (Stürm. Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Jetzt verstehe ich aber nicht mehr, warum Sie gestern mit solcher Heftigkeit das Kompromiß bekämpft haben. Das gab ihnen ja mehr, als Sie heute fordern. Offenbar handelt es sich Ihnen weniger um den materiellen Inhalt, als um die staatsrechtliche Seite des Antrags. (Sehr gut! rechts, Widerspruch b. d. Soz.) Sie versuchen die konstitutionelle Gleichberechtigung des Bundesrats zu durchbrechen. Dem kann sich die Regierung unter keinen Umständen fügen. Im gesetzlichen Sinne handelt es sich hier nicht um Zulagen, sondern um Gehaltsaufbesserung. Die können aber nicht durch den Etat bewilligt werden. Die verbündeten Regierungen müssen es ablehnen, sich gegen das Besoldungsgesetz zu vergehen. Im Interesse des Etats bitte ich Sie um Ablehnung des Antrages. (Bravo! rechts.)

Dr. Spahn (Z.): Die Besoldungsordnung läßt den sozialdemokratischen Antrag nicht zu. Außerdem halten wir daran fest, daß die Gehaltsaufbesserung für die verschiedenen bedürftigen Beamtenklassen nur gleichzeitag erfolgen darf. Wir lehnen also den Antrag ab.

Fischbeck (Vp.): Auch uns ist das Verhalten der Sozialdemokraten angesichts ihrer gestrigen Abstimmung unverständlich. Ihre jetzige Haltung zeigt weder Konsequenz noch Mut.

Graf Posadowsky (wild): Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, die Ausgabeposten des Etats zu erhöhen. (Gr. Unruhe bei den Soz.) Meine Herren, geben Sie mir doch Gedankenfreiheit! (Stürm. Hfkt.) Die bürgerlichen Parteien sollten sich von der Sozialdemokratie nicht ins Schlepptau nehmen lassen, die sich ja doch die hohle Zeremonie der Etatsablehnung leistet. (Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

Haase (SD.): Die fortschrittlichen Beamtenvertreter haben mit uns gegen das Kompromiß gestimmt. Die Fortschrittler suchen nur wieder eine Ausrede nach dem Umfall. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der bürgerliche Liberalismus ist wieder einmal umgeknickt und weicht vor dem Konflikt mit der Regierung zurück. (Lebh. Zust. b. d. Soz., stürm. Widerspruch b. d. Lib.) Wir wollen die bedürftigste Kategorie der Beamten nicht um ihre Zulage bringen lassen. (Stürm. Beifall bei den Soz.)

Fischbeck (Vpt.): Auch meine Freunde Hubrich und Struve haben nie daran gedacht, das Hasenpanier zu ergreifen. (Gr. Hfkt. b. d. bürgerl. Parteien.)

Ledebour (SD.): Mit ihrer Furchtsamkeit können die Liberalen hartgesottenen Bureaukraten nicht imponieren. Der wahre Grund ihrer Feigheit ist der, daß die Regierung mit der Auflösung des Reichstages gedroht hat. Dabei soll man doch niemanden hindern, sich zu blamieren. (Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Graf Posadowsky hat ja nicht gewarnt, als man der Regierung die zehn Millionen für die Austral-Linie aufdrängte. Über Mannesmut streite ich mit dem Zwölftausend-Mark-Grafen nicht. (Sehr gut! bei den Soz. Große Unruhe.)

Graf Posadowsky: Das Recht der Regierungsgewalt steht uns höher als ein paar Millionen für Landbriefträger. (Sehr gut! rechts.)

Gothein (Vp.); Die Sozialdemokraten sind in der Besoldungsfrage nur dem Zentrum auf den Leim gegangen. Sie sind überhaupt nur die Hörigen des Zentrums. (Lautes Lachen bei den Soz.)

Haase (SD.): Wir richten uns nach niemandes schönen Augen, sondern nach unserem Programm und nach sachlichen Gesichtspunkten. Die fortschrittlichen Blockbrüder haben es gerade nötig, uns Abhängigkeit von anderen Parteien vorzuwerfen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Ledebour (Soz.): Wir sind genau so die Hörigen des Zentrums wie die Fortschrittler die Hörigen der Sozialdemokratie sind.

Der sozialdemokratische Antrag zugunsten der Landbriefträger wird gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Über den konservativ-liberalen Antrag auf Wiederherstellung der Ostmarkenzulage wird namentlich abgestimmt. Er wird mit 201 gegen 131 Stimmen abgelehnt.

Hierauf vertagt das Haus die Schlußabstimmung über den Etat und den Rest der heutigen Tagesordnung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Schluß 9 Uhr.

Aus der Partei.

Genosse Ludwig Schröder, der älteste Führer der Bergarbeiter, der im Jahre 1895 in dem bekannten Schröder-Prozeß zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Wir werden in nächster Nummer seine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung einer Würdigung unterziehen.

Verbot der Konfirmandenfeiern für ungesetzlich erklärt. Die Bezirksschulinspektion in Zittau, der dortige Stadtrat und die Amtshauptmannschaft hatte in einer Verordnung vom 28. März d. J. die Veranstaltung von Konfirmandenfeiern verboten. Die Bezirksschulinspektion stützte sich auf § 5 des sächsischen Volksschulgesetzes und drohte mit 60 Mk. Geldstrafe und die beiden mitunterzeichneten Behörden setzten diese Strafe auf 150 Mk. fest. Tatsächlich fand am 29. März in Seifhennersdorf i. Sa. eine Feier für die Schulentlassenen statt. Daraufhin wurden einige Genossen mit Strafmandaten bis zu 30 Mk. bedacht, gegen welche sie richterliche Entscheidung anriefen. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Großschönau stützte sich der Verteidiger im wesentlichen darauf, daß die in Frage kommende Verordnung dem Reichsvereinsgesetz zuwiderlaufe. Die Veranstaltung sei vom Gewerkschaftskartell getroffen worden. Man neige ja dazu, solche Veranstaltungen als politisch zu beurteilen. Es liege aber bis jetzt noch kein Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts vor, wonach die Gewerkschaften für politisch erklärt würden. Das Gericht trat dieser Auffassung bei. Die Angeklagten wurden freigesprochen, weil die Verordnung dem Vereinsgesetz widerspreche.

Gewerkschaftsbewegung.

Tischlerstreik auf der Danziger Schichauwerft. Am Sonnabend haben auf der Danziger Schichauwerft 160 Tischler die Arbeit eingestellt, weil die Direktion eine geforderte Lohnzulage ablehnte. Bisher beträgt der Einstellungslohn für Tischler im Danziger Betriebe 22 Mk. wöchentlich. Auf der Werft arbeiten insgesamt 200 Tischler.

Zum Kampf in der Solinger Waffenindustrie. Neuerdings versucht Herr Oberbürgermeister Dicke von Solingen eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Bis jetzt sind die Versuche jedoch ohne Erfolg geblieben. Die Arbeiter haben die Erklärung abgegeben, auf folgender Grundlage mit den Fabrikanten zu verhandeln: „Die Fabrikanten verpflichten sich, die tariflichen Löhne auch für die Arbeit zu zahlen, die sie nach auswärts in Auftrag geben. Es darf aber so lange keine Arbeit nach auswärts vergeben werden, als Arbeitskräfte in genügender Zahl in Solingen vorhanden sind.“ Oberbürgermeister Dicke versprach, in diesem Sinne beim Unternehmerverband zu wirken. Es dürfte dies um so leichter möglich sein, als vor dem Streik alle Fabrikanten bereits ähnliche Vereinbarungen mit den Organisationen abgeschlossen hatten. Die Fabrikanten haben sich zu diesem Vorschlag noch nicht geäußert. Jedoch haben sie wiederholt erklärt, daß sie an den bestehenden Preisverzeichnissen nicht rütteln wollen.

Der Streik auf der Grube Hostenbach beendet. Am Sonnabend wurde nach neunwöchiger Dauer der Streik auf Grube Hostenbach beigelegt. Die Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes empfahl selbst die Beendigung des Streiks, weil es der Grubenverwaltung gelungen war, eine größere Anzahl Arbeitswillige heranzuziehen. Bei den neuen Verhandlungen zwischen der Grubenverwaltung und der streikenden Belegschaft einigte man sich auf folgende Punkte: Alle feiernden Bergleute können am Montag, dem 18. Mai, wieder anfahren. Die abgewanderten Bergleute werden innerhalb zweier Monate vom Tage der Beilegung an wieder angelegt. Diejenigen Bergleute, die bis zum 3. Juli wieder anfahren, erhalten bei der nächsten Löhnung die einbehaltene Sechs-Schichtslöhnung mit ausgezahlt. Der Fastnachtsdienstag gilt als Arbeitstag. Die strittigen Paragraphen der neuen Arbeitsordnung bleiben in der neuen Fassung bestehen; der letzte Paragraph mit der Abschwächung, daß der höchste Satz der Geldstrafen auf 7.50 Mk. begrenzt wird. Den Bergleuten gelang es nicht, die Einstellung der gemaßregelten drei Sicherheitsleute und der 18 Bergleute durchzusetzen, was der christliche Verband zuerst zur Bedingung der Wiederaufnahme der Arbeit gemacht hatte. Die anwesenden Vertreter der Belegschaft erklärten sich mit diesen Bestimmungen einverstanden. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat inzwischen eine Versammlung seiner Mitglieder einberufen, zu der nur 71 Bergleute erschienen waren. Die Versammlung beschloß einstimmig, unter den mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen am 18. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen.

Aus der Jugendbewegung.

Der Generalfeldmarschall vor 1200 Sozialdemokraten. An der Eröffnung der Ausstellung: „Unsere Jugend“ in Essen, die am Freitag erfolgte, nahm auch der „Vater“ des Jungdeutschlandbundes, Generalfeldmarschall v. d. Goltz teil. Paßt es auch auf die sozialen Bestrebungen der Ausstellung wie die Faust aufs Auge, so gebärdet sich doch der Jungdeutschlandbund, als ob er das Wichtigste an der Ausstellung sei. Auf Sonnabend abend hatte er einen Vortrag des Generals v. d. Goltz über das Wesen des Jungdeutschlandbundes arrangiert, der von 2500 Personen besucht war. Mehr als 1200 waren Parteigenossen, die das Saalparterre besetzten, sodaß die Patrioten auf die Saalseiten und die Galerien angewiesen waren. Als bei dem einleitenden Hoch auf v. d. Goltz ein großer Teil im Saal sitzen blieb, richtete v. d. Goltz seinen Vortrag sehr vorsichtig ein, wurde auch ohne Unterbrechung angehört. Nach dem Vortrag schickten sich die Arrangeure an, ohne Kaiserhoch den Saal zu verlassen. Sie erreichten dadurch zwar, daß es nicht zu einer Diskussion kam, aber tausendstimmig brauste ein Hoch auf die Sozialdemokratie und die Marseillaise durch den Saal und erst als dieser sich leerte, gelang es den Patrioten auf den Emporen, mühsam etwas Schwung in: „Deutschland, Deutschland über alles . . .“ zu bekommen. — Eine solche Demonstration hatte sich von der Goltz sicher nicht träumen lassen!

Aus dem Gerichtssaal.

Spionageprozeß in Königsberg. Das Kriegsgericht in Königsberg verurteilte den Kürassier-Wachtmeister Tobinski wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 15 Jahren Zuchthaus und 30 000 Mk. Geldstrafe.

Ein Arzt als Sittenverbrecher. Vor dem Schwurgericht in Arnsberg stand der Arzt Dr. Althaus aus Berleburg, angeklagt des vollendeten Verbrechens der Notzucht, wobei zwei Dienstmädchen in Betracht kommen. Das Urteil lautet auf ein Jahr Gefängnis für den nationalliberalen Ordnungshelden.

Ein Hochverratsprozeß. Das Landgericht Kolmar i. E. verhandelte in mehrstündiger Sitzung gegen den Zeichner J. J. Waltz alias Hansi wegen seines Buches „Mon village“. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Das Gericht erklärte sich für unzuständig, da das Buch hochverräterische Tendenzen aufweise, und verwies den Fall an das Reichsgericht. Daraufhin wurde Hansi, entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts, wegen Fluchtverdachts verhaftet.

Aus Nah und Fern.

Zwei Welten! Der ehemalige Statthalter der Reichslande, Fürst Wedel, hat in Berlin dauernd Wohnung genommen und im Hause Pariser Platz 2 eine Wohnung bezogen. Dieselbe umfaßt rund 50 Zimmer, in die in 38 Möbelwagen die Möbel und Ausstattungsgegenstände aus dem Statthalterpalais in Straßburg übergeführt wurden. 50 Zimmer für eine fürstliche Familie! Man halte folgende Notiz aus Spandau gegenüber: „Eine wohnungslose Familie, ein Arbeiter mit Frau und acht Kindern, hat im städtischen Armenhause vorübergehend Aufnahme gefunden; er sollte mit den Seinen auch in den Räumen der früheren Munitionsanstalt untergebracht werden, weigerte sich aber, in dieses Gebäude überzusiedeln, weil sich darin nur ein Kochherd befindet, der von allen Familien benutzt werden muß.“ Und da gibt es noch unzufriedene Elemente, wie die Sozialdemokraten es sind, die solche Zustände ungesund finden!

Ministerialerlaß über die Entlassung von Arbeitern aus Staatsbetrieben. Die Praxis der Staatsbetriebe, Arbeiter aus nichtigsten, oft auch aus unhaltbarsten Gründen zu entlassen, ohne daß diese vorher gehört werden, hat in Arbeiterkreisen und in den Parlamenten bei den Arbeitervertretern die schärfste Kritik hervorgerufen. Die Folge dieser Kritik ist, daß über die Entlassungen von Arbeitern in Staatsbetrieben ein neuer Ministerialerlaß ergangen ist, in dem bestimmt wird, daß vor der Entlassung dem Arbeiter

Gelegenheit zu geben ist, sich zu Protokoll zu erklären, und es ist der Tatbestand, soweit notwendig, durch Vernehmung von Zeugen und andere Beweiserhebung sachlich festzustellen. Bei einer sofortigen Entlassung, die später als unbegründet bezeichnet ist, wird dem Arbeiter für die Dauer der Kündigungsfrist der vertragsmäßige Lohn nachgezahlt, soweit er während derselben nicht anderweit Lohn verdient hat.

Der gemaßregelte Polizeiarzt. Die „Germania" teilte mit, daß der Berliner Polizeiarzt Dr. Dreuw wegen einer Aktion gegen das Salvarsan vom Berliner Polizeipräsidium gemaßregelt und des Dienstes enthoben worden ist. Dr. Dreuw hat der „Germania" auf Anfrage diese Nachricht in vollem Umfange bestätigt. Seine Dienstentlassung wird mit „Veröffentlichung geheimen amtlichen Materials und Störung eines harmonischen Zusammenwirkens mit seinen Kollegen" motiviert. Die „Tägliche Rundschau" bemerkt hierzu: „Tatsächlich liegt die Sache so, daß dem Dr. D. ganz einfach und ordnungsgemäß sein Vertrag mit dem Polizeipräsidium, auf Grund dessen er bei der Sittenpolizei beschäftigt wird, der ihm in übrigen jedoch keineswegs den Titel „Polizeiarzt" zuspricht, zum nächsten Termin gekündigt worden ist. Der Grund für diese Maßnahme ist der, daß Dr. D. amtliches Material ohne die erforderliche Genehmigung der Behörde veröffentlicht hat." — Diese Ausrede ist eine faule.

Das Neueste von der Kölner Polizei. Aus dem Dienst der Kölner Polizei ist plötzlich ein Kriminalschutzmann entlassen worden, gegen den eine ganze Reihe von Verfahren schwebt, darunter eins wegen Meineid. Diese Entlassung und ihre Gründe sind deshalb besonders interessant, weil dieser Beamte an der Voruntersuchung im Deutzer Landfriedensbruchprozeß mitbeteiligt war. Er hatte in Gemeinschaft mit dem berüchtigten Robert Hauptmann das Material besorgt, das zur Verurteilung in diesem Prozesse führte. Damit ist das schwache Fundament des empörenden Urteils an einer neuen Stelle zusammengebrochen. Auch die Backschisch-Affäre scheint eine weitere Fortsetzung zu bringen. Von einem Kardeßitzer, der durch die strengen Vorschriften des neuen Polizeipräsidenten über die frühe Polizeistunde benachteiligt ist, sind eine Anzahl mittlerer Polizeibeamten schwer beschuldigt worden. Auch sonst scheint der Kampf des neuen Polizeipräsidenten gegen die Nachtlokale sonderbare Wirkungen zu haben. Die Bordelle, die in Köln schon im Zurückgehen begriffen waren, erfreuen sich seitdem, wie die Interessenten versichern, wieder eines sehr lebhaften Zuspruchs.

Der Bock als Gärtner. Als Urheber des Brandes der Dresselschen Spielwarenfabrik in Sonneberg (Thüringen) ist der Beamte der Wach- und Schließgesellschaft, Emil Schulz, aus Wildenheid gebürtig, verhaftet worden. Er hat nicht nur diese Tat, sondern ferner eingestanden, die anderen großen Brände, die in den letzten zwei Jahren unsere Stadt heimgesucht haben, verursacht zu haben. Ihn leitete dabei die Absicht, sich die jeweilig für die erste Meldung eines Brandes ausgesetzte Prämie von 50 Mark zu verdienen. So hat er gestanden, auch das letzthin bei der Firma Lindner u. Söhne ausgekommene Feuer verursacht zu haben. Im ganzen hat er bislang acht Brände eingestanden, doch wird die Untersuchung noch fortgesetzt.

Eisenbahnunglück. Am 19. Mai, früh 6 Uhr 40 Min., fuhr der von Langenberg kommende Personenzug 1516 auf den auf dem Bahnhof Vohwinkel haltenden Personenzug 830. Der Lokomotivführer des Zuges 1516 sowie ein Postbeamter und zwei Reisende sind leicht verletzt worden. Beide Lokomotiven sind beschädigt. Ein Packwagen und ein Personenwagen vierter Klasse sind zertrümmert. Die Schuld trifft anscheinend den Fahrdienstleiter.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf dem Hochofenwerk des Hasper Eisen- und Stahlwerks sind infolge des Zusammenbruches eines Gerüstes acht Arbeiter in die Tiefe gestürzt. Einer war sofort tot, drei sind lebensgefährlich und die anderen weniger schwer verletzt worden.

Selbstmord eines Deserteurs. Aus Furcht vor kriegsgerichtlicher Bestrafung hat der Kanonier Wilhelm G. von der 2. Batterie des 1. Garde-Feldartillerieregiments Selbstmord verübt. G. wurde vor acht Tagen fahnenflüchtig und trieb sich einige Tage in der Umgebung Berlins umher. Montag nachmittag wurde bei Plötzensee seine Leiche aus dem Schiffahrtskanal gelandet und nach dem Garnisonlazarett I gebracht.

Zwei Kanalarbeiter im Schlamm erstickt. Bei den Kanalisationsarbeiten vor dem neuen Rathause in Herne erstickten im Kanalschacht zwei Arbeiter, die verbotswidrig hinabgestiegen waren, im Schlamm. Ein Schachtmeister, der sie retten wollte, verlor die Besinnung, wurde jedoch von einem vorüberkommenden Bergmann gerettet.

Vom Blitz getötet. Wie aus Orleans gemeldet wird, schlug ein Blitzstrahl in eine Gruppe Krankenwärterinnen des Kranken- und Irrenhauses Flenry, die sich während eines Gewitters unter einen Baum geflüchtet hatten. Eine Wärterin wurde getötet, drei andere und eine Krankenschwester wurden schwer verletzt.

Theater und Musik.

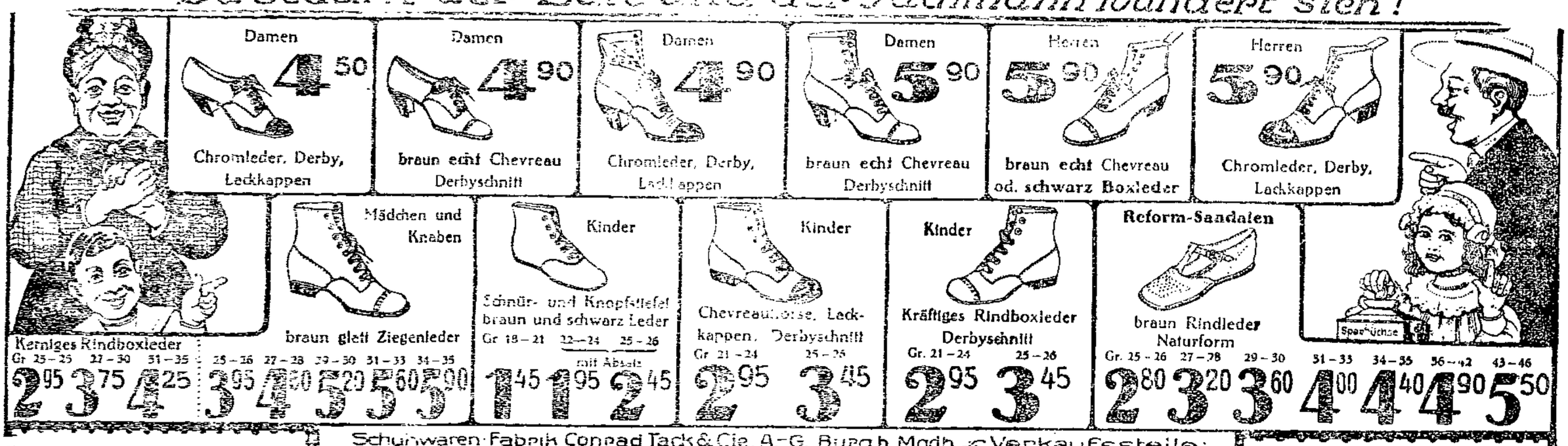
Im Sommertheater im Hansatheater gelangte am Dienstag als erste Lustspielneuheit „Majolika" von Stein und Heller zur Aufführung. Beide Autoren sind erfahrene Bühnenschriftsteller, die sehr wohl den Geschmack des unterhaltungsbedürftigen Publikums kennen und ihm Rechnung tragen. In „Majolika" wird die bekannte Tatsache verwendet, daß es regierende Fürsten gibt, die als Nebengeschäfte noch industrielle Unternehmungen betreiben, in diesem speziellen Fall a la Cabinen Majolika fabrizieren. Das Geschäft will zunächst nicht gehen, weil die Leitung einem feudalen Offizier übertragen war; es macht sich jedoch, als es unter kaufmännisch-jüdische Leitung kommt, bald so gut, daß der Herzog als Inhaber sogar — und dadurch unterscheidet sich das Lustspiel am meisten von der Wirklichkeit — auf seine Zivilliste verzichtet. Dafür führt er aber auch die Braut heim und sonnt sich in der besonderen Liebe seiner steuerzahlenden Untertanen. Wenn auch „Majolika", so wie die Verfasser es fabriziert haben, überall seine Freunde gefunden hat, so läßt sich doch denken, daß der Stoff zu einer prächtigen Satyre gereicht hätte, wenn er in die richtigen Hände geraten wäre.

Um die Wiedergabe machten sich gestern in erster Linie Herr Direktor Albert als famos getroffene jüdische Bankierstype, Herr Sumalvico als alter Simplizissimus-Serenissimus, Herr Wustenhagen als gutmütig-schnarrender Herzog und Frl. Reichardt als sympathische Prinzessin verdient. Die Vorstellung wurde recht beifällig aufgenommen. P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Auffallend erstaunend billige Schuhe!

Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich!



Lübeck: Telephon 2566. Schuhwaren-Fabrik Conrad Tack & Cie. A.-G., Burg b. Mgdb. — Verkaufsstelle: **Conrad Tack & Cie** G.m.b.H. Breite Straße 47.

3967

Verkauf lebender Buff
vom Boot aus (3980
am Freitag, dem 22. Mai
vormittags von 8 Uhr ab an der
Dankwartsbrücke,
Drehbrücke,
Eutiner Brücke
und
Hüxterthorbrücke

3784) **Landwirtschaftstochter** sucht Stellung vom 1. bis 15. Juni für häusliche Arbeit in kleinem Haushalt bei einzelner Dame oder älterem Ehepaar auf dem Lande, in der Nähe von Lübeck, Ostsee bevorzugt, bei vollem Familien-Anschluß. Gehalt nach Übereinkunft. Angebote bitte unter **G L 100, Trebel, Kr. Lüchow**, Postlagernd.

Frauen u. Mädchen
die im **Bürsteneinziehen** geübt sind, finden dauernde Beschäftigung.
3981) Hartengrube 33.

Ein Laufbursche
außer der Schulzeit gesucht.
3962) **Ang. Lütjohann.**

Ein Junge 3966
zum **Kühehüten** zu sofort gesucht.
F. Speihmann, Gr.-Grönau.

Leeres Zimmer 3977
zu vermieten. Seaebergstr. 29, I.

Billig zu verkaufen eine gute
Weißnähmaschine.
3978) Brolingstr. 30, pt.

Ein **Fahrrad** 25 Mk., **Photographischer Apparat**, 9×12, 15 Mk. zu verkaufen.
Engelsgrube 55, part., b. Friform.

Ein guterhalt. Sportwagen
zu verkaufen. Preis 350 Mk.
3994) Vorbeckstraße 5a.

Guterh. Sitz- und Liegewagen
auf Nickel u. Gummi zu verkaufen.
3998) Sadowastraße 27. I.

Wegen Fortzug ein guterhaltener **Hausstand** zu verkaufen, evtl. auch stückweise. Hundestraße 73, part. Trödler verbeten. Abends nach 7 Uhr (3975

Täglich frischen Spargel
Pfund **10, 25, 35** und **50** Pfg.
3999) Klappenstraße 14a, part.

Deutscher Schäferhund
ein Jahr alt, sehr wachsam und Mannfest (Diebessicher) zu verkauf.
3971) Brolingstraße 6. part.

Zu kaufen gesucht eine **Wirtschaft** oder **Krämerei** auf dem Lande, am liebsten wo städtisches Grundstück in Zahlung genommen wird. Angebote unt. **F Z** an die Exp. d. Bl.

Schweizer Ziegenlamm 4000
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. **M T** an die Exp. d. Bl.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 21. Mai, von 1 Uhr ab: (3969
Dr. med. Meyer, Marlistraße 40b.
Dr. Kraeck, Kronsforder Allee 6a.
Dr. med. Gosch, Fackenburg. Allee 1.

Wanduhren mit la. Gongschlag, **Taschenuhren, Goldwaren, Silberwaren, Hochzeits-, Paten- u. Jubiläumsgeschenke** empfiehlt billigst 4002
Willi Westfehling,
32 **Holstenstrasse** 32

Blachricks & Co., Johannisstr. 1
Spez.-Abteil. **Trauerkleidung** 3964

Beerdigungs-Institut St. Lorenz-Süd
Uebernahme ganzer Beerdigungen für hier und auswärts zu den kulantesten Bedingungen. Einkleidung jeder Art. 3926
Wilh. Stetenbuhr Dornestr. 20a. Fernspr. 2502.

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 47
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Kränze
Buketts u. Girlanden
127) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und Dornestraße 16a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Polstersofas	48 Mk.
Polstergarnituren	85 Mk.
Polstergarnituren	95 Mk.
Polstergarnituren	110 Mk.
Polstergarnituren	125 Mk.
Polstergarnituren	165 Mk.
Polstergarnituren	210 Mk.

Tausende von Garnituren schon geliefert. Filiale Wahnstraße 83. Inhaber Fachmann. (3972

Metallbetten an Private (3086 Katalog frei
Holzrahmenmatratzen Kinderbetten
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstr. 46.

3352

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Neue, bestgereinigte
Bettfedern
Daunen,
federdichte, echtfarbene
Inletts; fertige Betten.
Die richtige Bezugsquelle für diese Vertrauensartikel ist das Geschäft von (940
Herm. Kampff
früher **Gebr. Barg**
Lübeck Kohlmarkt 5. **Lauenburg a. E.** Elbstraße 91/93.
Das Geschäft besteht in Lauenburg über 50 Jahre.

Übungsplatzes dienen können, einmal aus Mangel an Raum und dann vor allem wegen der starken Staubentwickelung. Der Sommer ist aber die gegebene Zeit für Rasenspiele. Sie bieten eine sportliche Beschäftigung, in der alle körperlichen Funktionen in Tätigkeit treten: die Muskeln der Beine beim Laufen, die des Rumpfes und der Arme bei der Erhaltung des Gleichgewichts; die Lunge arbeitet lebhafter, der Stoffwechsel wird dadurch reger und das Gefühl des körperlichen Wohlbefindens kommt deutlicher zum Bewußtsein. Die frische Luft, die die Spielenden umfängt, dringt bei dem durch die Anstrengung vertieften Atmen auch in die sonst schlecht ventilierten Lungenspitzen, wodurch die Anfälligkeit für Lungenerkrankungen, speziell für die mit Recht so gefürchtete Proletarierseuche, die Tuberkulose, erheblich herabgesetzt wird. Namentlich junge Leute, deren Körper den beruflichen Schädigungen am wenigsten Widerstand zu leisten vermag, sollten sich den Rasenspielen mehr als bisher widmen. Nächst Wandern und Schwimmen bieten sie die geeignetste sportliche Betätigungsweise vom Frühjahr bis zum Herbst.

Um Maulwürfe zu verscheuchen

mischt man Petroleum mit Terpentin, schüttet die Flüssigkeit in kleine Blumentöpfe, bedeckt sie mit einem Brett und gräbt sie in die Gänge. Die langsam in diese sickernde Flüssigkeit mit ihrem scharfen Geruch vertreibt die Maulwürfe. Doch muß man dies Verfahren, wenn es Erfolg haben soll, nicht nur an recht vielen Stellen, sondern auch wiederholt zur Anwendung bringen. — Ein recht wirksames Mittel, Wühlmäuse zu beseitigen, besteht darin, daß man sie durch Wasser aus ihren Schlupfwinkeln herausschwemmt. Man soll also sämtliche Gänge und Löcher, die zu diesen führen, hinreichend mit Wasser füllen. Nicht lange, und die Wühler kommen an die Oberfläche. Hier müssen dann schon mit Knütteln bewaffnete Helfer auf die Nager warten und sie ins Jenseits befördern. Oder sie verschaffen sich aus der Apotheke Phosphorpillen, die, in die Gänge gebracht, die Schädlinge vernichten.

Bienenstich und Rheumatismus.

Es ist zwar seit alten Zeiten bekannt, aber verhältnismäßig wenige Menschen wissen es, daß der Bienenstich heilkräftig ist. Die Erfahrung hat bewiesen, daß in erster Linie rheumatische Leiden durch Bienenstiche tatsächlich geheilt werden. Dieses Volksheilmittel hat übrigens seinen Weg auch schon in die ärztliche Praxis gefunden, besonders seitdem Dr. Terc in Marburg es jahrelang erfolgreich angewendet hat. Über eigene Erfahrungen auf diesem Gebiet berichtet der bekannte Bienenforscher Professor K. Sajo im Maiheft des Kosmos-Handweisers (jährlich 12 Hefte und 5 Buchbeigaben für nur 4,80 ℳ). Er glaubte sich bisher immun gegen Bienenstiche und damit auch, wie die Wissenschaft allgemein angenommen hatte, nicht empfänglich für rheumatische Ansteckung. Er erkrankte jedoch trotzdem zweimal an Rheumatismus; in beiden Fällen ließ er sich in die von der Krankheit befallenen Organe von den Bienen stechen, wobei sich Entzündungen bildeten, die jedoch bald wieder vergingen und mit ihnen auch der Rheumatismus. An gesunden Organen hatten dagegen die Bienenstiche gar keine Wirkung, woraus geschlossen werden muß, daß sich nur die Teile des Körpers, die von Krankheitskeimen angesteckt sind, bei Bienenstichen entzünden, während der ganze übrige Körper für das Gift unempfindlich ist.

Das Eierfressen der Hühner

kann verursacht sein dadurch, daß das Futter, das sie bekommen, zu arm an Kalkstoffen ist, oder daß sie Gelegenheit hatten oder noch haben, zerstückelte Eierschalen zu fressen. Ein Huhn sieht es vom anderen, bis schließlich womöglich der ganze Geflügelbestand der Gewohnheit verfällt. Sie verliert sich, sobald man die Ursachen beseitigt. Vor allem sollten die Hennen automatische Fallnester benutzen, die so eingerichtet sind, daß die Henne, sobald sie das Ei gelegt, nicht mehr in die Lage kommt, es fressen zu können.

Die Riesenkraft eines Pflanzensamens.

Wenn man in Gebirgen oder anderen Gegenden, wo das nackte Gestein zutage tritt, die Pflanzenwelt betrachtet, wie sie sich in die feinsten Spalten der Felsen hineinzwängt und dort Halt und Leben gewinnt, so entstehen daraus leicht übertriebene Anschauungen von der mechanischen Kraft des Pflanzenwuchses. Es liegt nahe, anzunehmen, daß eine Baumwurzel, die in einem Felsspalt sitzt, das Gestein wirklich auseinandergesprengt hat. Das ist buchstäblich genommen wohl selten der Fall. Zum wenigsten muß die Erscheinung so verstanden werden, daß die Pflanzen durch ihre chemischen Ausscheidungen, z. B. die Humussäure, zerstörend auf einen Felsboden einwirken. Tatsächlich spielen sie allerdings ohne Zweifel eine sehr bedeutende Rolle in der Zerkleinerung und Auflockerung des festen Gesteins, und das sogenannte gesprengte Grab auf dem Gartenfriedhof in Hannover, das ohne Einwilligung der Erben niemals geöffnet werden sollte, und dann durch einen Baum auseinandergerissen wurde, ist mit Recht zu einer berühmten Sehenswürdigkeit geworden. Die Pflanzenwurzeln besitzen eine fast unglaubliche Kraft des Wachstums und ebenso andere Pflanzenteile. Sie hängt mit der außerordentlichen Schnelligkeit zusammen, mit der die Wurzeln nach einem Regen das Wasser aufnehmen und durch den ganzen Körper bis zu den äußersten Zweigen und Blättern treiben. Wird eine weiße Lilie mit einer blauen Farblösung begossen, so zeigt sich die blaue Farbe in den Blüten schon nach wenigen Stunden. Die Kraft der Wurzeln ist in einigen Fällen auch gemessen worden. Eine junge Eiche kam im fünften Jahre ihres Lebens in Konflikt mit einem Granitblock, der das stattliche Gewicht von 130 Zentnern besaß. Im Verlauf der nächsten sieben Jahre hatten die Wurzeln der Eiche den Stein um mehr als 20 Zentimeter gehoben. Eine noch gewaltigere Kraft soll der amerikanischen Sumpfzypresse eigen sein, die ihre Wurzeln in großen Strebepfeilern um sich verbreitet. Im Oklawahafluß strandete einmal eine mit Ziegel beladene Bark auf einem solchen Wurzelgewirr von Zypressen, und sechs Jahre später hatten die Bäume das ganze Wrack über Wasser gehoben, so lautet wenigstens eine angeblich glaubwürdige amerikanische Beobachtung.

Ein gläserner Wolkenkratzer.

Während auf der Werkbund-Ausstellung in Köln in den nächsten Tagen das erste Glashaus in immerhin bescheidenen Größenverhältnissen die Aufmerksamkeit der Besucher fesseln wird, planen die Neuyorker als neuestes Wunder ihrer kühnen Architektur einen Wolkenkratzer aus Glas. Das Gebäude von zwölf Stock Höhe wird ganz aus Glaswänden in einem Stahlrahmen errichtet; nach seiner Fertigstellung werden etwa 78 Proz. der Baustoffe Glas sein. Eine weitere Besonderheit dieses Glasgebäudes wird es sein, daß es keine Fenster erhält, die sich öffnen lassen; die Ventilation wird nach einem neuen System geregelt, das den Bewohnern frische und gute Luft in reichem Maße zuführen soll. Die Luft wird durch eine besondere Leitung in der Höhe des zweiten Stockes eingesaugt, weil man gefunden hat, daß sie in dieser Höhe reiner ist als weiter oben. Nach ihrem Eintritt wird die Luft durch „Regenkammern" geleitet, in denen alle Unreinheiten wie bei einem Regenschauer ausgewaschen werden. Erst dann strömt die Luft durch die Leitungen, die das ganze Haus durchziehen, in die verschiedenen Stockwerke und in die einzelnen Räume, während die verbrauchte Luft durch unter der Decke liegende Oeffnungen wieder herausgezogen wird. Bei kaltem Wetter wird die frische Luft nach ihrem Eintritt in das Haus zunächst auch erwärmt, bei starker Hitze dagegen gekühlt. So glaubt man das ganze Jahr hindurch eine von allen Krankheitskeimen gereinigte Luft den Bewohnern dieses Glashauses zuführen zu können, ohne daß sie unter dem Lärm der Straße, der durch die geöffnete Fenster heraufdringen würde, zu leiden habe. Unabhängig von der Luftleitung erhält das Haus eine Warmwasserheizung, die an den kältesten Wintertagen eine gleichmäßige warme Temperatur sichert. Das luftige Luxusgebäude soll sechs Millionen Mark kosten.

Heiteres.

Unverwüstlich.

Ein Reisender kommt in das Bureau einer größeren Maschinenfabrik. Auf die Frage: „Sie wünschen?" erwidert er: „Mein Name ist Fix, Vertreter von nur ersten Häusern. Ich reise in Glühstrümpfen, Kabelschuhen, Dampfhemden, Bleimänteln, Dampfzylindern und Gummischuhen . . . . . ." — Direktor: „Sagen Sie mal, ist Ihnen da das Reisen nicht manchmal etwas beschwerlich?" „Der tolle Koffer."

Unbequem.

Eine Bekannte, eine biedere Schwäbin, ermahnt ihre Kinder fortwährend, recht brav zu sein und nie etwas Unrechtes zu tun, weil doch der liebe Gott überall wäre und alles sehe.

Eines Tages ärgert sich nun das sechsjährige Adolfle über die große Anhänglichkeit des dreijährigen Gustavle. Er reißt sich ziemlich unsanft von ihm los und sagt: „Lass' mi' doch amal alloin! I' moin, es ischt scho' gnu', daß ma' den lieba Gott überall dabei haba muß, und jetscht mögscht du an' no' mit." „Jugend."

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterhaltungsblatt
des Lübecker Volksboten.

Nr. 20. Mittwoch, den 20. Mai 1914.

Das Entlassungsgesuch.

Von Schermann.

„Himmelsixlaudonsakrament! Jetzt wirds mir schon zu bunt! Genug hab' i von derer Sauwirtschaft! Ich geh'!"

So ließ sich eines Morgens der Oberoffizial Statzinger vernehmen, während er sein Pult mit kräftigen Faustschlägen bearbeitete und die darauf liegenden Aktenbündel durcheinander warf.

Auf die beiden Herren Offizial Brustmann und Assistenten Funk machte das Geschrei ihres vorgesetzten Kollegen gar keinen Eindruck. Es war dies um so erstaunlicher, als gewöhnlich schon die leiseste Andeutung auf Amtsmüdigkeit von seiten eines älteren Beamten ein allgemeines freudiges Ohrenspitzen bei den jüngeren Kollegen hervorruft. Aber bei Statzinger lag die Sache eben anders. „Ich hab's satt! Ich geh'!" waren seit vielen Jahren seine Lieblingsaussprüche, so oft er sich über etwas ärgerte. In Wirklichkeit jedoch dachte er nicht im entferntesten daran, das Wort zur Tat zu machen. Im Gegenteil. Wenn er nach Herzenslust geflucht und getobt hatte, befand er sich wohler denn je. So auch diesmal. Die heutige Aufregung war übrigens darauf zurückzuführen, daß er seine Virginier, die er mitten im Rauchen weggelegt hatte, nicht gleich finden konnte, und er beruhigte sich sofort, als er sie zwischen zwei Akten entdeckte. Nachdem er sie liebevoll befühlt und konstatiert hatte, daß ihr nichts geschehen war, zündete er sie mit großer Umständlichkeit an, lehnte sich in seinen Armsessel zurück und tat einen guten Zug. Und während er langsam und feierlich eine bläuliche Rauchwolke ausfließ, begannen seine Augengläser in mildem Glanze aufzuleuchten und ein wohlwollendes Lächeln erschien auf seiner Miene.

Kollege Brustmann warf ihm von der Seite einen finsteren Blick zu. Wie oft hatte er schon im stillen gehofft, daß ein wohltätiger Schlaganfall den aufgeregten Statzinger sanft und schmerzlos in eine bessere Welt und ihn zum Amte eines Oberoffizials befördern würde, und nun war es wieder nichts damit. Resigniert tauchte er die Feder ins Tintenfaß und setzte sie zu einem schön geschwungenen B an, als ein ungewöhnliches Geräusch draußen hörbar wurde. Stimmengemurmel, Schrittegetrappel kamen immer näher und nun öffnete sich die Tür und der Registraturbeamte Buckdich drang herein an der Spitze eines Schwarmes anderer Beamter, die im Nu das stille Zimmer Nr. 23 zum Schauplatz eines lärmenden Auftritts machten.

„Meine Herren, wißt ihr schon das Neueste?" rief Buckdich. Er hatte diese Zauberformel, der kein Beamter zu widerstehen vermag, auf seinem Wege hierher wohl ein dutzendmal ausgerufen, mit dem Ergebnis, daß alle jene, die sie zu hören bekamen, ihm ebenso gehorsam nachliefen wie in der bekannten Sage die Kinder von Hameln dem berüchtigten Rattenfänger.

Und nun stand Buckdich in der Mitte der um ihn gescharten Kollegen und ließ triumphierend seine Blicke einige Sekunden lang auf den Herren verweilen, die mit ausgestreckten Hälsern, aufgerissenen Augen und gespitzten Ohren der angekündigten Neuigkeit harrten. „Der Hofbauer hat um seine Entlassung angesucht," sagte er hierauf feierlich.

Eine Sekunde lang Stillschweigen. Dann ging der Lärm erst recht an. So so, der Hofbauer geht weg! Was fiel denn dem ein, seine sichere Stellung aufgeben! Verheiratet war er doch auch! Da mußte etwas vorgefallen sein. Vermutungen wurden ausgetauscht, die niemand bestätigen konnte, Fragen wurden gestellt, die niemand zu beantworten vermochte, und wer weiß, wie lange es gedauert haben würde, ehe man sich auf irgend einen annehmbaren Verdacht geeinigt hätte, wäre nicht Herr Statzinger aufgestanden, um mit Stentorstimme die Bemerkung zu machen: „I waß net, was 's da viel zum Reden gibt; soll er gehn, der Hofbauer, is eh kein Schad' um ihn!"

Wie von einer Tarantel gestochen, sprang Herr Brustmann in die Höhe. Mit flammenden Augen und bebender Stimme rief er:

„Ewig schade um den Hofbauer! Er war ein braver, gefälliger Kollege, was man von so manchem nicht behaupten kann."

„So ist's," bestätigte ein anderer der Herren, „er war ein fleißiger und tüchtiger Beamter und es ist traurig genug, daß man ihn gehen läßt."

Mit einem Schlage war man in ein anderes Fahrwasser gelangt. Sämtliche Herren, — mit Ausnahme des Herrn Statzinger, der in grimmigem Stillschweigen an seiner Virginier paffte — setzten ernste Mienen auf, schüttelten trauervoll die Köpfe und erklärten übereinstimmend, daß es einen braveren, anständigeren, fleißigeren, tüchtigeren Beamten, als es der Hofbauer war, nur selten gebe. Daß sich natürlich jeder der Anwesenden für diese seltene Erscheinung hielt, gehört auf ein anderes Gebiet. Anekdoten machten die Runde, man erzählte einander rührende Züge aus dem Verkehr mit Hofbauer und inzwischen ging Herr Brustmann — dessen Spezialität das Arrangieren von Jubiläums- und Abschiedsfeierlichkeiten war — mit einem Bogen herum, auf dem die Spenden für ein Ehrengeschenk an den scheidenden Kollegen gezeichnet wurden. Er hatte sich als erster mit drei Kronen unterschrieben, Oberoffizial Statzinger zeichnete als zweiter mit fünf Kronen. „Das hab' ich nur getan," erzählte Statzinger später seinem vertrauten Freunde, dem Adjunkten Spucker mit schlauem Augenzwinkern, „um den lieben Brustmann zu ärgern. Fünf Kranln is mir das wert. Hihihi!"

Abseits aller dieser Vorgänge, in einem kleinen Zimmerchen, das mit seinen kahlen, schmutziggrauen Wänden, den trüben, auf den Lichtschacht gehenden Fenstern und der unruhig flackernden Gasflamme einen niederdrückenden, Körper und Seele beengenden Eindruck machte, saß Hofbauer und las noch einmal sein Entlassungsgesuch durch. Zwölf Jahre hatte er im Amtsdienst verbracht, seine Arbeiten gewissenhaft und emsig ausgeführt und doch nichts geerntet als Enttäuschung und kränkende Zurücksetzung. Die Zeit hatte es nicht vermocht, sein Empfinden abzustumpfen, seinen Rücken zu beugen und seinen geraden Sinn zu brechen, und so fühlte er bis zur Unerträglichkeit den Ekel, der in ihm aufstieg, so oft Protektionswesen, Hinterlist und Frechheit sich besonders kraß ausbreiteten. Ein Zufall hatte ihn mit einem Fabriksdirektor bekanntgemacht und eines Tages bot ihm dieser eine Stellung als Sekretär mit einem auskömmlichen Gehalt an. Die erste Empfindung Hofbauers bei diesem Antrag war Freude. Er sah eine Hand, die ihm aus dem bureaukratischen Sumpf, in dem er sich rettungslos versinken fühlte, helfen, ihn auf einen Boden stellen wollte, wo jeder als das gilt, was er ist. Aber die Freude war nur kurz. Zu lange hatte er die schwere, alle innerliche Freiheit erstickende Sicherheitskette getragen, die den Beamten an sein Amt fesselt, und es bedurfte noch vieler Tage und Stunden, ehe er sich entschlossen hatte, den entscheidenden Schritt zu tun und um seine Entlassung einzureichen. Aber auch der Entschluß machte ihn noch nicht froh. Ein Zagen und Fürchten blieb in ihm zurück und er sagte sich, daß erst die Tat ihn ganz frei und froh machen würde.

Er stand auf, nahm das Gesuch und ging langsam in das Zimmer des Vorstandes.

Der Herr Vorstand, der sonst für ihn nur eiskalte Mienen gehabt hatte, war ganz verändert. Er strahlte förmlich vor Güte und Freundschaft.

„Ich höre, Sie wollen uns verlassen," sagte er, noch ehe Hofbauer Zeit gehabt hatte, den Mund aufzutun.

Es ist unglaublich, mit welchen subtilen Gehörorganen Vorstände ausgestattet sind. Alles hören sie.

Er übernahm das Entlassungsgesuch, sah es jedoch nicht an, sondern hielt seinen wohlwollenden Blick fest auf Hofbauer gerichtet.

„Es tut mir sehr leid, daß gerade einer unserer fähigsten und fleißigsten Beamten gehen will. Sie sind einer unserer

fähigsten und fleißigsten Beamten," wiederholte er energisch, als er die erstaunte Miene Hofbauers bemerkte, „und Sie hätten bei uns eine schöne Karriere gemacht. Haben Sie denn auch Ihren Entschluß reiflich überlegt?"

„Es hat mich schwere Kämpfe gekostet, Herr Vorstand; aber die Aussichtslosigkeit meiner Stellung hier, das geringe Wohlwollen, das Sie selbst mir entgegengebracht haben, bestärkten mich in meiner Absicht."

„Wie kann ein so gescheiter Mensch so kurzsichtig sein," erwiderte der Vorstand mit schmerzlichem Kopfschütteln; „ich war immer Ihr bester Freund, und wenn ich Sie strenger als andere Beamte behandelte, so geschah es, weil ich an Ihre Leistungen einen anderen Maßstab anlegen mußte. Ich will Ihnen sogar ein Geheimnis verraten: Ich habe Sie für das nächste außertourliche Avancement bestimmt gehabt."

Es ist unmöglich, das von Herzensgüte getränkte Lächeln zu beschreiben, mit dem der Vorstand die bestürzte Miene Hofbauers betrachtete.

Mit einem Seufzer nahm er das Entlassungsgesuch zur Hand, las es durch und malte mit einem Bleistift ein „Gesehen" in die linke Ecke, wobei er jedoch die Bemerkung aussprach, daß der vorgeschriebene drei Finger breite Abstand vom Papierrand nicht genau eingehalten worden wäre.

Vom Vorstand begab sich Hofbauer in die Zentralleitung, deren Chef, der Herr Regierungsrat, ihn nach längerem Warten empfing. Die beiden hatten sich in den zwölf Jahren die Hofbauer im Amte verbracht hatte, zweimal gesehen und somit war es nicht zu verwundern, daß der Herr Regierungsrat beim Eintritt Hofbauers sehr befremdet dreinblickte. Kaum aber hatte er den Namen gehört und einen Blick auf das überreichte Gesuch geworfen, als seine kalte, strenge Miene einem freundlichen Ausdruck Platz gab.

„Welches sind Ihre Zukunftspläne?" fragte er, nachdem er das Entlassungsgesuch kopfschüttelnd durchgelesen hatte.

Hofbauer erwiderte, daß er eine Stelle als Sekretär in einer Fabriksunternehmung antreten werde.

„Sekretär? Fabriksunternehmung?" murmelte der Regierungsrat mit bedenklicher Miene. „Es ist ein folgenschwerer Entschluß und, offen gestanden, ich bewundere Sie, daß Sie ihn zu fassen vermochten. Sie sind hoffentlich ledig?"

„Ich bin verheiratet," gestand Hofbauer, worauf sich tiefe Bekümmernis in dem Antlitz des ersten Chefs malte.

„Eine Fabrik kann abbrennen, die Unternehmung kann zugrunde gehen, vielleicht auch sind Sie den Aufgaben eines so verschiedenen Wirkungskreises nicht ganz gewachsen. Haben Sie das bedacht? Und haben Sie auch bedacht, daß Sie nicht nur eine sichere Stellung, sondern auch eine soziale Position aufgeben . . ."

Das Pathos, mit dem der Regierungsrat das „soziale" aussprach, war überwältigend. Hofbauer sah sich im Geiste wie er aus der lüftigen Höhe seiner Akzessistenwürde in die Niederungen dunkler Existenzen hinabsank.

„Es würde mir furchtbar leid tun," fuhr der Regierungsrat fort, „wenn Sie, einer unserer fähigsten Beamten, Ihre Chancen bei uns so unbedacht aus der Hand gegeben hätten."

„Wenn . . . wenn ich gewußt hätte," stammelte der arme Hofbauer, „daß ich bei dem Herrn Regierungsrat so gut angeschrieben bin . . ."

„Das sind Sie, mein Freund," bestätigte der Regierungsrat lebhaft nickend, „das sind Sie. O, ich kenne meine Leute durch und durch und weiß, was ich von jedem einzelnen zu halten habe."

Er stand auf und reichte Hofbauer die Hand. „Da Sie es unbedingt wünschen, so werde ich Ihr Entlassungsgesuch weiterleiten. Aber, wie gesagt, es tut mir sehr leid um Sie . . ."

Mit einer Empfindung, als ob das Gebäude einer froheren Zukunft, das er sich schon im Geiste aufgerichtet hatte, zusammenbrechen wollte, kehrte Hofbauer in sein armseliges Zimmer zurück. Er fand dort schon einige Kollegen, unter ihnen auch den Herrn Brustmann, seiner harrend und als er auf ihre Fragen ziemlich kleinlaut antwortete, daß er sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht habe, da überflossen sie alle von Ausdrücken der Sympathie und des Bedauerns ob seines Scheidens . . .

„Was ist geschehen, Robert?" rief erschrocken Hofbauers Frau, als er mißmutig und verstört an diesem Tage nach Hause kam.

Er wollte nicht gleich mit der Sprache heraus, dann aber erzählte er ihr, was im Amte vorgefallen war, und es klang sogar viel Stolz durch, als er die lobenden Bemerkungen seiner beiden Vorgesetzten erwähnte.

„Du erzählst mir nichts Neues damit, ich weiß schon längst, daß man einen so tüchtigen Beamten wie dich nicht leicht findet," meinte seine Frau mit jener freudigen Hast, die weniger von der Erfahrung, als von der Liebe diktiert wird. Dann aber legte sich ein Schatten über ihre Miene.

„Sie haben sicher die besten Absichten mit dir gehabt und du in deiner Bescheidenheit hast nichts davon gemerkt. Wenn du es nur nicht bereuen wirst . . ." Verhaltene Tränen zitterten in ihrer Stimme und sie vermochte nicht weiter zu sprechen.

Hofbauer warf sich zornig aufs Kanapee.

„Nun fängst du auch noch an!" rief er. „Was nützt es mir, wenn sie mir jetzt zeigen, was ich ihnen wert bin!"

„Es ist doch noch nicht zu spät," erwiderte sie, „du kannst ja dein Gesuch um Entlassung noch zurückziehen. Hör' mich an, Roberterl . . ."

Frau Hofbauer war zaghafter Natur. Alle guten Frauen sind zaghaft. Der Entschluß ihres Mannes hatte ihr mehr Angst als Freude gemacht und sein kaum bemerkbares Schwanken genügte, daß sie alle jene Argumente ins Treffen führte, mit denen sie schon einmal gekämpft und — verloren hatte. Auch diesmal schien ihr kein Sieg zu winken, denn Hofbauer hörte ihr schweigend zu und erklärte, als sie zu am Ende ihrer Beredsamkeit war, daß er das Ganze überdenken wolle. Ach, es war ein trauriger Tag im Hause Hofbauer. Sie zog sich von Zeit zu Zeit in einen Winkel zurück, um dort zu weinen, dann wieder ging sie still und wie verloren umher; er versuchte gewaltsam, guten Mutes zu sein, aber im Kopfe wirbelten ihm die Gedanken toll durcheinander. Erst am späten Abend, als es ganz still um sie herum geworden war, begannen sie wiederum davon zu sprechen. Es wurde ein langes Gespräch und dauerte noch fort, als sie schon beide in pechschwarzer Finsternis in den Betten lagen.

Etwas angegriffen noch, aber ruhig und entschlossen trat Hofbauer am nächsten Tage vor den Regierungsrat und erklärte, daß er, nach abermaliger, reiflicher Ueberlegung, sein Entlassungsgesuch zurückziehen wolle.

Der Regierungsrat legte das Zeitungsblatt, das er gerade las, beiseite und starrte Hofbauer mit einer Miene an, der man anmerkte, daß er sich an nichts entsinnen konnte.

„Ach, jetzt erinnere ich mich," sagte er, nachdem Hofbauer ihm die Sachlage nochmals ausführlich geschildert hatte, „Sie sind mir gleich so — so bekannt vorgekommen. Also bleiben wollen S' wieder?"

Hofbauer bejahte und fügte hinzu, daß die gütigen Worte des Herrn Regierungsrates die Hauptursache seiner Entschlußänderung gewesen wären.

„So, so," meinte der Amtschef zerstreut, „ich weiß wirklich nicht mehr, was ich Ihnen gestern gesagt habe. Recht unangenehm, daß Sie einen so folgenschweren Schritt nicht gleich reiflich überlegten. Ich habe Ihr Gesuch natürlich schon weiter geleitet. Gehn S' jetzt zu Ihrem Bureauvorstand und besprechen Sie sich mit ihm . . ."

Der Regierungsrat sah etwas verdrießlich drein und gab ihm diesmal auch keine Hand.

Hofbauer, der das Gefühl hatte, unversehens unter eine kalte Dusche geraten zu sein, ging zu seinem Vorstand.

Dieser empfing ihn mit großer Freundlichkeit und richtete sofort die Frage an ihn: „Sie kommen schon Abschied nehmen?"

„Ich bitte den Herrn Vorstand um die Erlaubnis, mein Entlassungsgesuch zurückziehen zu dürfen. Die lobende Anerkennung, die mir gestern von Ihnen gezollt wurde, hat mir die Überzeugung eingeflößt, daß ich an Ihnen einen gütigen Freund und Förderer habe und meine Aussichten daher viel besser sind, als ich früher annahm," sagte Hofbauer.

Der Vorstand machte ein ernstes Gesicht und kratzte sich den Kopf.

„Das ist alles recht schön," sagte er und versank dann in ein längeres Stillschweigen, währenddessen er aufmerksam seine schwarzen Fingernägel betrachtete.

„Es wird nichts anderes übrig bleiben," sagte er schließlich kalt, „als daß Sie ein neues Gesuch einbringen, worin Sie um die Erlaubnis bitten, Ihr Entlassungsgesuch zurückziehen zu dürfen."

Hofbauer verbeugte sich und stellte die schüchterne Frage ob er auch weiter auf die außertourliche Beförderung, die er so gütig war, ihm in Aussicht zu stellen, rechnen dürfe.

Verständnislos starrte ihn der Vorstand an.

„Außerordentliche Beförderung? Davon war nie die Rede," erklärte er kategorisch.

Als Hofbauer das Zimmer des Vorstandes verließ, war ihm, als sei ein schwerer Stein von seinem Herzen herunter. Er fühlte sich so froh, so leicht, daß er hätte jauchzen können.

Jemand zupfte ihn am Ärmel. Der Herr Brustmann war es.

„Ist es wahr, daß Sie wieder bleiben wollen?" fragte er.

„Und wenn es wahr wäre?" antwortete Hofbauer nun lächelnd.

„Dann wäre es die größte Blamage für Sie und für — mich!" zischte Brustmann.

„Für — Sie?" rief Hofbauer erstaunt.

„Ich habe eine Abschiedsfeier zu Ihren Ehren arrangiert, hab' eine Kollekte veranstaltet und das . . . das Geschenk ist auch schon gekauft worden. Wie steh ich denn da, wenn Sie jetzt nicht gehen?" jammerte Brustmann. Hofbauer klopfte ihm lächelnd auf die Schulter.

„Beruhigen Sie sich, Kollega, von einem Bleiben ist keine Rede. Mein Austritt steht fest."

Brustmann atmete erleichtert auf.

„Ich hab' mir's ja gleich gedacht, daß es nur so ein müßiges Gerede ist. Von Ihnen hätt' ich es auch nicht erwartet . . ."

Als Hofbauer seiner Frau das Ergebnis seiner Unterredung mit den Vorständen mitteilte, da billigte auch sie seinen Entschluß, jetzt erst recht zu gehen. Nur konnte sie die entrüstete Bemerkung nicht unterdrücken: „Ich verstehe nicht, weshalb sie dich dann vorher so gelobt haben."

„Mir ist's ganz klar," erwiderte Hofbauer lächelnd, „als sie hörten, daß ich gehe, haben sie gefunden, daß ich doch ein gescheiter Mensch bin. Als ich aber wiederum bleiben wollte, da war ich eben in ihren Augen — ein Esel."

Die Vorboten und Anzeichen der Lungenschwindsucht.

Von Dr. Blümel, Spezialarzt für Lungenkrankheiten.

Die Tuberkulose ist noch immer die verbreitetste Krankheit, noch immer fordert sie die meisten Opfer. So stirbt noch heute jeder dritte Mensch des Alters von 15—60 Jahren an ihr. Seitdem nun tausendfältig erwiesen ist, daß die Tuberkulose heilbar ist, um so besser und schneller heilbar, je früher sie in Behandlung kommt, ist unser Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die Allgemeinheit, die sich noch gesund fühlt, über die Vorboten und die Anzeichen der Lungenschwindsucht zu unterrichten.

Die Vorboten der Lungentuberkulose sehen wir vor allem bei Kindern in den Erkrankungen der Drüsen, Schwellungen und Eiterungen der Halsdrüsen, dazu Neigung zu Erkältungen, zu Katarrhen der Luftwege, gedunsene Gesichter, Ausschläge an Nase und Mund, kurzum das auch für den Laien erkennbare Bild der Skrofulose, sind eine Vorstufe der Lungentuberkulose. Auch häufige Erkältungen allein, schon anhaltender Husten, sollen immer daran erinnern, daß sich vielleicht eine Tuberkulose vorbereitet. Eine besondere Form der Drüsentuberkulose ist die tuberkulöse Erkrankung der Bronchialdrüsen mit ihrem langdauernden, bellenden, außerordentlich heftigen Husten.

Auch die im Kindesalter häufigen Knochen- und Gelenktuberkulosen haben im erwachsenen Alter oft eine Lungentuberkulose zur Folge. Es sind deshalb die augenblicklichen Bestrebungen, nicht nur die örtliche Erkrankung zu behandeln, sondern die Kinder vor allem im allgemeinen widerstandsfähiger und kräftiger zu machen, sehr zu begrüßen. Denn nur so kann man sie vor der späteren Erkrankungen an Lungentuberkulose bewahren. Unsere deutschen See- und Solbäder haben seit kurzem in besonderen Sanatorien die Behandlung der Knochen- und Gelenktuberkulose in diesem Sinne übernommen.

Ein anderer sehr häufiger Vorbote der Tuberkulose ist die Brust- und Rippenfellentzündung. Wir Aerzte kennen zwar verschiedene Ursachen für diese Erkrankung, aber in der Mehrzahl der Fälle handelt es sich besonders bei den feuchten Entzündungen (Wasser in Brust), um Erscheinungen einer schon bestehenden Tuberkulose. Der Patient merkt oft gar nicht, daß er schon erkrankt ist, und auch der Arzt kann an der Lunge kaum Veränderungen finden. Aber er weiß, daß diejenigen, die nach Ueberstehen einer solchen Rippenfellentzündung sich nicht kräftigen und widerstandsfähig machen, oft in kürzerer Zeit ernster erkranken.

Aeußerlich ansehen kann man einem Menschen eine beginnende Tuberkulose selten; es gibt zwar viele, die lang aufgeschossen, hager, blaß und schmal herumlaufen und fälschlich als „Schwindsuchtskandidaten" bezeichnet werden, ohne jemals an Tuberkulose zu erkranken. Anders ist es, wenn diese dürftig genährten Menschen aus einer tuberkulösen Familie stammen. Sind Eltern und Geschwister an Tuberkulose gestorben, oder die Betreffenden als Kinder von oder mit Tuberkulösen aufgezogen worden, so bildet dieser Zusammenhang allerdings den Hauptvorboten der Lungentuberkulose, denn über die Hälfte der Tuberkulösen stammt aus solchem Lebenskreis. Tuberkulöse Eltern hinterlassen ihren Kindern gewöhnlich eine verminderte allgemeine Widerstandsfähigkeit besonders in bezug auf Tuberkulose; der Hauptschaden aber, den sie ihren Kindern zufügen, liegt darin, daß diese nach ihrer Geburt die von den Eltern ausgehusteten Bazillen aufnehmen.

Die Anzeichen der Tuberkulose sind mannigfaltig und durchaus nicht eindeutig. Es braucht nicht immer eine Krankheitserscheinung sein, die Veränderungen des allgemeinen Wohlbefindens veranlaßt. Auch unter normalen Verhältnissen können sich nach dieser Richtung hin Aenderungen vollziehen. Wechsel des Wohnorts, der Beschäftigung, der Lebensweise sind oft Veranlassungen für Gewichtsabnahmen und zeitweilige Beschwerden. Volkstümliche Abhandlungen, in denen wie hier Krankheitserscheinungen aufgezählt werden, sollen deshalb nicht dazu dienen, daß der Kranke bei sich eine Diagnose stellt oder z. B. eine Tuberkuloseangst bekommt, sondern sie sollen ihn nur veranlassen, sich rechtzeitig an einen Arzt zu wenden. Der ist dann derjenige, der die vom Kranken beobachteten Anzeichen deuten und erklären kann.

So sind Husten und Auswurf die bekanntesten Anzeichen der Tuberkulose, aber gleichzeitig auch die aller anderen vielleicht viel harmloseren Erkrankungen der Lunge. Ja, Husten und Auswurf sehen wir auch bei Erkrankungen von Hals und Nase auftreten. Das Freisein des Auswurfs von Tuberkelbazillen, oder auch das gänzliche Fehlen von Schleim schließt durchaus nicht das Bestehen einer Tuberkulose aus. Wer erst, wenn sich die Tuberkelbazillen in seinem Auswurf finden, an seine Tuberkulose glaubt, läßt die beste Zeit zu seiner Heilung ungenützt verstreichen, denn eine sogenannte „offene" ist gleichzeitig stets ein Zeichen für eine schon ausgebreitetere Tuberkulose, Bluthusten ist in vielen Fällen das Zeichen einer schon bestehenden Lungentuberkulose. Der Entscheidung des Arztes soll es überlassen bleiben, ob er eine andere Ursache in Nase, Hals, Mund oder Magen usw. dafür verantwortlich machen kann.

Brust- und Seitenstechen, Schmerzen, Druck auf der Brust, kurzum alle Beschwerden, die von den Kranken auf der Brust gefühlt werden, sehen wir zwar häufig bei Tuberkulose auftreten, aber auch noch öfter fehlen. Es wäre deshalb falsch, wollte man bei Vorhandensein anderer Anzeichen erst abwarten, daß auch Beschwerden dieser Art auftreten. Wir vermissen leider ein für Lungentuberkulose typisches Zeichen, ein Zeichen, das sich nur bei dieser und keiner anderen Krankheit, findet. Und wir sehen leider, daß die Anfangsstadien der Tuberkulose allzu häufig ohne Beschwerden verlaufen. Deshalb kommen ja sehr viele Patienten erst schwerkrank in die Behandlung des Arztes. Die geschilderten Brustbeschwerden können wir aber auch häufig nur als Muskelschmerzen (so bei Bleichsüchtigen) oder als Neuralgien deuten.

Kurzatmigkeit zeigt sich bei Lungentuberkulose selten im Anfang der Erkrankung. Auch hier wieder liegt es der Entscheidung des Arztes ob, festzustellen, ob andere Lungenkrankheiten oder Leiden anderer Organe überhaupt (Herz, Kropf usw.) die Ursache der Atemnot bilden.

Eine Anfangserscheinung der Tuberkulose bilden oft Mattigkeitsgefühl und Appetitmangel, und demgemäß Abnahme des Körpergewichts. Aber auch für diese Erscheinungen gibt es natürlich noch eine Reihe anderer Ursachen, so im Entwicklungsalter die Bleichsucht. Gegen sie ist eine beginnende Tuberkulose oft schwer abzugrenzen und zur Entscheidung der Diagnose manchmal längere ärztliche Beobachtung erforderlich.

Auch Nachtschweiße zeigen sich häufig zu Beginn der Lungentuberkulose. Wenn sie auch manchmal andere Ursachen haben, so soll ihr länger dauerndes Auftreten doch den Kranken bewegen, sich ärztlich untersuchen zu lassen.

Die beste Waffe im Kampfe gegen die Schwindsucht ist die Förderung der Volksgesundheit durch Wort und Tat.

Kleines Feuilleton.

Wert der Rasenspiele.

Über die Bedeutung sportlicher Übungen für die Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit und die Vertiefung aller Stoffwechselvorgänge besteht heute kein Zweifel mehr. Gerade der Arbeiter, dessen oft übermäßig einseitige körperliche Tätigkeit die Gefahr einer beruflichen Verbildung besonders des Knochengerüstes mit sich bringt, weih den Sport, der alle Teile seines Körpers arbeiten läßt und gleichmäßig ausbildet, wohl zu schätzen. Man tut natürlich gut, einen Sport zu treiben, der möglichst viele gesundheitliche Vorteile in sich vereinigt. Das sind in der Hauptsache die Sportarten, die mit Vorliebe im Sommer betrieben werden: die Rasenspiele. Im Winter werden sie mit Rücksicht auf die Kälte, die die leicht bekleideten Teilnehmer gesundheitlich schädigen würde, nicht gespielt, zumal Turnhallen nicht als Ersatz des